

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 20



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 5. 12. 1989

## WORT UND WIDERWORT

### Sollen Schulen die Kinder auch nach dem Unterricht betreuen?

Schule brauche mehr Zeit, um Kindern als Ergänzung zur Familie einen Entfaltungs- und Begegnungsraum zu bieten. Und Eltern hätten einen Anspruch darauf, ihre Kinder betreut zu wissen, vor allem, wenn sie berufstätig seien. Grundschulen sollten gewährleisten, daß Kindern mindestens von 8 bis 13 Uhr ein Angebot gemacht werde. Dort, wo möglich und nötig, brauche man Ganztagschulen. In NRW seien nur fünf von 3380 Grundschulen Ganztagschulen. Das Angebot reiche bei weitem nicht aus. Das erklärt die SPD-Abgeordnete **Brigitte Speth**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** unterstreicht, die Eltern seien für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Von diesem Grundsatz sei auch die Haltung der CDU zur Ganztagschule bestimmt. Deshalb sei der Zwang zum Besuch einer Ganztagschule für alle Kinder abzulehnen. Ganztägige Betreuung könne nur ein Angebot sein. Darüber hinaus dürfe das Ganztagsangebot nicht Privileg einer Schulform sein. Nicht nur Gesamtschulen, sondern auch andere Schulformen müßten die Möglichkeit erhalten, ganztägige Angebote machen zu können. Der F.D.P.-Abgeordnete **Rudolf Wickel** betont, dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend sollten sowohl Grundschulen als auch weiterführende Schulen in Ganztagschulen umgewandelt werden, um Kinder im Alter von sechs bis 15 Jahren, deren Eltern es wünschten, ganztägig pädagogisch zu betreuen. Der Ausbau von Hortplätzen können nur eine Übergangslösung sein, zumal hier ein Großteil der Kosten von der Gemeinde zu tragen sei. (Seite 2)

## Schwerpunktdebatte bei 2. Lesung – Fünf Tage Aussprache

### Landtag berät Einzelpläne des Etats

Der nordrhein-westfälische Landtag will an fünf Tagen im Dezember ein umfangreiches Beratungsprogramm bewältigen. Am Mittwoch, 6., und Donnerstag, 7. Dezember, erfolgt die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 1990 mit einer Schwerpunktdebatte im Rahmen der Aussprache über den Etat des Ministerpräsidenten.

Am Mittwoch werden außerdem die Einzelpläne des Innen-, Wissenschafts-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungsministers sowie des Ministers für Bundesangelegenheiten und das Gemeindefinanzierungsgesetz berufen. Am Donnerstag folgen die Aussprachen über die Einzelpläne des Arbeits-, Umwelt-, Kultus-, Justiz- und Finanzministers sowie des Landesrechnungshofs und der Allgemeinen Finanzverwaltung.

Am Freitag, 8. Dezember, erörtert der Landtag u. a. die Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung, den Satellitenfernseh-Staatsvertrag, das Lippe- sowie Eifel-Ruhr-Verbandsgesetz, das Emschergenossenschaftsgesetz und das Ruhrverbändege-

setz. Ferner stehen Anträge zum Wassersport und zur Sozialen Marktwirtschaft auf der Tagesordnung. Am 13. und 14. Dezember schließt der Landtag seine Plenarberatungen 1989 ab.



„Wie schnell sich die Zeiten ändern...“

## Die Woche im Landtag

### Weichenstellung

Der Landtag soll stärker in die Debatte über Weichenstellungen für umweltschonendere Nutzung von Energien einbezogen werden. (Seite 4)

### Pflegebedürftige

Die soziale Sicherung für Pflegebedürftige muß nach Auffassung von Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) in einem Bundespflegegeldgesetz neu gestaltet werden. (Seite 5)

### Außenausschank

Bei den Genehmigungen für Außenausschank nach 22 Uhr muß es nach Auffassung der SPD zu neuen „Grenzziehungen“ kommen. (Seite 7)

### Wohnraumnot

Die Wohnraumnot der Studierenden im Lande hat sich verschärft. Denkbar wäre eine Lösung des Problems mit Hilfe des Sozialen Wohnungsbaus. (Seite 8)

### Übertragungen

Der Hauptausschuß beriet kontrovers über den Umfang möglicher Fernsehübertragungen aus der DDR. (Seite 13)

### Hörgeschädigte

Bedrückende Einzelschicksale kamen bei einer Anhörung zur Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten zur Sprache. (Seite 14)

## WORT UND WIDERWORT

# Als Ergänzung zur Schule ein Begegnungsraum für Kinder

Von  
Brigitte Speth

Wer einmal einen Blick über die Grenzen wagt, wird feststellen, daß in anderen europäischen Ländern ganztägliche Betreuung von Kindern längst zur Normalität gehört. Daß die Betreuung des eigenen Kindes den ganzen Tag über durch „fremde“ Menschen etwas vom Teufel sei, wird lediglich in der Bundesrepublik von konservativer Seite diskutiert.

Mehr ganztägliche Angebote, gerade im Bereich der Grundschule, sind aus unterschiedlichen Gründen wünschenswert. Die Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahren stark verändert. 40 Prozent aller Kinder leben in Familien, in denen beide Eltern voll erwerbstätig sind. Ein Drittel aller Kinder sind Einzelkinder. Zwölf Prozent der Kinder leben in Ein-Eltern-Familien. Zur Lebensplanung von Frauen gehören zunehmend Beruf und Familie. Der Lebensraum der Kinder wird immer stärker eingeschränkt. Fehlende Spielmöglichkeiten, fehlende Nachbarschaft, Vorherrschaft des Autos vor allem in den Städten gefährden die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern.

### SPD: Im Interesse vieler Kinder besonders wünschenswert

Daraus folgt: Schule braucht mehr Zeit, um Kindern als Ergänzung zur Familie einen Entfaltungs- und Begegnungsraum zu bieten. Und: Eltern haben einen Anspruch darauf, ihre Kinder betreut zu wissen, vor allem wenn sie berufstätig sind.

In Nordrhein-Westfalen sind nur fünf von 3380 Grundschulen Ganztagsgrundschulen. Für Schulkinder im Alter von sechs bis 15 Jahren stehen 24 000 Hortplätze zur Verfügung, d. h. das Angebot reicht bei weitem nicht aus.

Grundschulen sollen gewährleisten, daß Kindern mindestens von 8.00 bis 13.00 Uhr ein Angebot gemacht wird. Und dort, wo möglich und nötig, brauchen wir Ganztagschulen.

Das darf nicht zu einer Verschulung des Kinderalltags führen. Unterricht, Spielen und Freizeit müssen sich abwechseln. Dazu bedarf es eines Konzeptes der Schule, das den Lebensalltag der Kinder kindgemäß gestaltet.

Der Kultusminister hat zu Beginn des Schuljahres angekündigt, Lösungen zu suchen. Es wird gewiß nicht leicht sein, die Erwartungen vieler Eltern zu erfüllen. Das sollte aber nicht davon abhalten, einen Anfang im Rahmen des jetzt Möglichen zu machen.

Von  
Herbert Reul

Die Eltern sind für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Von diesem Grundsatz ist auch die Haltung der CDU zur Ganztagschule bestimmt. Wir wollen, daß Eltern sich um ihre Kinder kümmern und daß Kinder die vielfältigen und pluralen Angebote unserer Gesellschaft wahrnehmen können. Deshalb ist der Zwang zum Besuch einer Ganztagschule für alle Kinder abzulehnen. Ganztätige Betreuung kann daher nur ein Angebot sein. In vielen Familien sind Vater und Mutter berufstätig, die Zahl der Alleinerziehenden nimmt stark zu. Deshalb wächst der Wunsch nach ganztätigen schulischen Angeboten oder nach ganztätiger Betreuung von Kindern. Ganztagschule ja, aber nicht für alle verpflichtend, sondern bei Bedarf, das ist die Meinung der CDU.

Dieses Ganztagsangebot darf allerdings nicht länger – wie in NRW – Privileg einer Schulform sein. Nicht nur Gesamtschulen, sondern auch andere Schulformen müssen die Möglichkeit erhalten, ganztätige Angebote machen zu können. Das entscheiden

### CDU: Für Wahlfreiheit – gegen Zwang

de Kriterium muß der Wunsch der Eltern nach solchen Angeboten sein.

Die Ganztagschule gibt es nicht. Einheitskonzepte, denen die SPD immer noch anhängt, sind wirklichkeitsfremd. Vielmehr müssen verschiedene Möglichkeiten ganztätiger Betreuung erprobt und angeboten werden. Neben der Ganztagschule muß es Nachmittagsangebote freier Träger geben.

Muß immer eine ganze Schule zur Ganztagschule werden oder gibt es nicht auch Möglichkeiten, nur einen Zweig als Ganztagschule zu organisieren? Ist nicht ein Teil der Nachfrage nach Ganztagschulplätzen lediglich auf die Überbrückung der Mittagszeit gerichtet? Wie kann Schule sicherstellen, daß teilzeitbeschäftigte Mütter und Väter eine verlässliche und kontinuierliche Betreuung ihrer Kinder für den Halbttag erhalten? Diese Fragen machen deutlich, daß intensives Nachdenken über unterschiedliche Modelle von Ganztags- und Halbtagschule gefordert ist.

Die einfache Antwort gibt es nicht, die veränderte Gesellschaft erfordert veränderte Antworten. Und gefragt ist nicht die Einheitsantwort, sondern Wahlfreiheit, plurale Angebote und Flexibilität.

Von  
Rudolf Wickel

Artikel 8 Absatz 1 der Landesverfassung legt fest, daß jedes Kind Anspruch auf Erziehung und Bildung hat, und daß das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens bildet.

An diesen Verfassungsauftrag fühlt sich die F.D.P. zu allererst gebunden. Eltern darf dieses durch die Verfassung garantierte Recht nicht beschnitten werden. Soviel Familie wie möglich, soviel Staat wie nötig – an diesen Leitsatz müssen sich Überlegungen orientieren, die sich mit der Frage von Betreuungsangeboten der Schule nach dem Unterricht befassen.

Der Familie als Urzelle unseres Gemeinwesens muß unsere besondere Aufmerksamkeit gelten, gleich ob es sich um die Familie im herkömmlichen Sinne oder um Alleinerziehende handelt. Dabei müssen wir feststellen, daß immer mehr Frauen einem Beruf nachgehen, auch wenn sie Kinder haben. Teils geschieht dies aus einem veränderten Rollenverständnis der Frau in unserer Gesellschaft, zum Teil aber auch aus einer Notsituation heraus. Hier ist oft Hilfestellung notwendig. Diese Hilfestellung wird bereits heute z. B. durch die außerschulische Jugendarbeit von Kirchen, Wohl-

### F.D.P.: Soviel Familie wie möglich – so wenig Staat wie nötig

fahrtsverbänden, Sportvereinen etc. geleistet. Auch die Nachbarschaftshilfe sowie ehrenamtlicher Einsatz, z. B. bei der Hausaufgabenbetreuung, nehmen breiten Raum ein. Staatliche Betreuungsangebote haben demnach eigentlich nur ergänzende Funktion und sind dort erforderlich, wo erkennbare Lücken bestehen.

Vor diesem Hintergrund sollten dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend sowohl Grundschulen als auch weiterführende Schulen in Ganztagschulen umgewandelt werden, um Kinder im Alter von sechs bis 15 Jahren, deren Eltern es wünschen, ganztätig pädagogisch zu betreuen. Der Ausbau von Hortplätzen kann nur eine Übergangslösung sein, zumal hier ein Großteil der Kosten von der Gemeinde zu tragen ist.

In der Anhörung der Fraktion von F.D.P. und CDU zum Thema „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ wurde nachdrücklich davor gewarnt, Schule als das alleinentscheidende Erziehungsfeld zu sehen und die Kinder durch eine generelle zeitliche Ausweitung ihrer Angebote mit einer totalen Tendenz zu vereinnahmen und anderen gesellschaftlichen Einflüssen zu entziehen. Es gibt genug Eltern, die ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag nach dem Schulbesuch ihrer Kinder selbst wahrnehmen wollen, und genug Jugendliche, die ein Bedürfnis und ein Recht auf nichtschulisch bestimmte Freizeit haben, so daß die Ausweitung schulischer Betreuung am Nachmittag nur mit großer Behutsamkeit vorgenommen werden sollte.

## Anhörung im Spannungsfeld von Kapazitätsabbau und Zukunftsaufgaben

### Experten: Perspektive zu sehr auf die Schulsportlehrerausbildung eingeengt

Die Auswirkungen auf die Studienmöglichkeiten im Fach Sport und die Entwicklung der Sportwissenschaftlichen Institute nach Erlaß der Vierten Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich vom 8. Juni 1988 waren Gegenstand einer öffentlichen Anhörung des Sportausschusses am 27. November. Ausschußvorsitzender Hans Rohe (SPD) sagte dabei, das Hearing solle Aufschluß darüber bringen, ob die Sportwissenschaftlichen Institute des Landes mit den in der Verordnung vorgesehenen Veränderungen — unter anderem ist die Verringerung der Plätze für Studienanfänger um 650 geplant — ihre Zukunftsaufgaben bewältigen können.



Um die Entwicklung von Sportwissenschaft, Hochschulsport und den Lehramtsstudiengängen im Fach Sport ging es bei der Anhörung des Sportausschusses unter dem Vorsitz von Hans Rohe (SPD). Foto: Schüler

Der Sportwissenschaftler Professor Dr. Dietrich R. Quanz aus Köln diagnostizierte im Verhältnis zwischen der Deutschen Sporthochschule in Köln und den anderen Universitätsinstituten eine „Schiefelage“, die der Korrektur bedürfe: Einerseits sei die Sporthochschule durch „Überlaufen“ qualitativ gefährdet, andererseits drohe den anderen nordrhein-westfälischen Standorten Gefahr durch „Auslaufen“. Die Konzentrationsbestrebungen wertete Quanz als Ausfluß einer vor allem schulisch geprägten Studiengangspolitik, das aber werde der Sportwissenschaft insgesamt nicht gerecht. Der Sprecher verband diese Meinung mit der Forderung, im Lande vier bis höchstens sechs differenziert ausgebauten Zentren einzurichten.

Eine weitere Konzentration der Sportwissenschaft im Lande auf die Sporthochschule in Köln sei unbedingt zu vermeiden, da schon jetzt dort rund 50 Prozent aller Sportwissenschaftler und -studierenden konzentriert seien. Professor Dr. Dietrich Kurz, Präsident der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften nannte es zudem eine „Torheit“, daß in den Auslastungsberechnungen die Studiengänge unterschiedlich bewertet und speziell die Primarstufenausbildung unter ihrer eigentlichen Bedeutung eingestuft werde; das führe dazu, daß sich viele Institute in den Diplomstudiengang zu „retten“ versuchten. Eine solche Verschiebung zuungunsten des Primarstufensports stehe im Gegensatz zum mittelfristigen Bedarf und werde den Aufgaben der 90er Jahre nicht

gerecht, die nur zu bewältigen seien bei einer für jedes Institut garantierten Mindestausstattung an Personal- und Qualifikationsstellen.

Der Sprecher des Landessportbunds, Karl-Heinz Krause, sprach sich gegen Stellenabbau an sportwissenschaftlichen Instituten oder gar die Schließung solcher Einrichtungen aus: Die freiwerdenden Kapazitäten sollten vielmehr genutzt werden, um gesellschaftlichen Entwicklungen und ihren Auswirkungen auf Rolle und Aufgaben des Sports gerecht zu werden. So müsse die Forschung im Bereich des Breitensports intensiviert, zudem seien Fachkräfte für den außerschulischen Sport weiterzubilden. Im Schulsportbereich sei die wissenschaftliche Ausbildung stärker auf Sportarten und den Leistungssport bezogen auszurichten. In den Studienordnungen sollten die Erkenntnisse einer vielseitigen Ausbildung im Kindes- und Jugendalter berücksichtigt werden. Gerade bei Reduzierung oder Einstellung sportwissenschaftlicher Institute erwarte der LSB, daß das Hochschulsportangebot für alle Mitarbeiter sowie für Studentinnen und Studenten sichergestellt werde.

Zu große Ausbildungskapazitäten für Diplom-sportlehrer und nicht genügend qualifizierte Sportlehrer für die Grund- und Sonderschulen — darauf wies Professor Dr. Ulrich Garske für den Deutschen Sportlehrerverband hin. Dabei sei anhand der Altersstruktur erwiesen, daß vor allem Sportlehrer vermehrt an den Schulen gebraucht wer-

den, die Nachqualifizierungsmaßnahmen des Kultusministers schufen da keine Abhilfe, da seien die von seinem Verband vorgeschlagenen Zertifikatskurse vorzuziehen, um das Defizit an qualifizierten Schulsportlehrern zu beheben. Für die Vielzahl der Absolventen im Diplomstudiengang sah er wenig Chancen, „wenn nicht schon revolutionäre Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren stattfinden“. Manfred Hahn von der Landeskonferenz für den Hochschulsport bezifferte die landesweite Nachfrage nach einem Sportangebot in der Hochschule auf 150 000 Studentinnen und Studenten. Dieses Angebot sei für die Qualität studentischen Lebens wichtig, Hochschulsport sei keine elitäre Form des allgemeinen Sportbetriebs, sondern Fortsetzung des Schulsports, Ausgleich und Hilfe beim Leistungssport. Dem Wissenschaftsministerium hielt Hahn vor, nichts zu tun, um die nicht ausgelasteten Kapazitäten im Hochschulsport einzusetzen.

Für die Deutsche Sporthochschule, „die einzige Sporthochschule mit universitärem Rang in ganz Westeuropa“, sprach Professor Dr. Christiane Stang-Voss. Sie unterstrich, daß diese Hochschule mit ihren 6 000 Studierenden besonders unter den Kapazitätsberechnungen leide, das Lehrdeputat (auf einen Lehrenden kämen 39 Studierende) von nominell acht Semesterwochenstunden belaufe sich auf real 13,8 SWS. Das hohe Potential an wissenschaftlichem Nachwuchs werde derzeit „vergeudet“, weil in der Regel nach den Assistentenjahren keine Anstellung erfolgen könne, darum müßten dringend einige Stellen für junge Wissenschaftler eingerichtet werden, forderte Frau Stang-Voss, die auch Bedenken gegen die Nachqualifizierung fachfremder Lehrer erhob: Statt dessen sollten lieber junge Sportlehrer in Grund- und Hauptschulen eingestellt werden. Im übrigen verlangte sie für die Hochschulen mehr Planungssicherheit.

★

In einer zweiten Anhörungsrunde fanden die Sprecherinnen und Sprecher der einzelnen universitären sportwissenschaftlichen Institute Gelegenheit, ihre Sicht der kommenden Aufgaben von Sportwissenschaft und Sportlehrerausbildung darzulegen und auf die spezifischen Leistungen ihrer Hochschulen hinzuweisen.

### Vorläufiger Terminplan für das Jahr 1990

Der Ältestenrat hat einen vorläufigen Terminplan für das Jahr 1990 beschlossen. Die ersten Plenarsitzungen des neuen Jahres finden demzufolge am 17./18. und 19. Januar 1990 statt. Vom 5. Juni bis 5. August 1990 sind Parlamentsferien. Der Landeshaushalt 1991 soll ab dem 13. August eingebracht und beraten werden. Ausdrücklich wies der Präsident des Landtags, Karl Josef Denzer, in seinem Schreiben an die Mitglieder des Landtags darauf hin, daß die Plenartage der zweiten Jahreshälfte 1990 durch den neugewählten Landtag zu beschließen seien (Information 10/497).

## Landtag will im Dialog über Energienutzung und Umweltschutz mitentscheiden

### CDU und SPD weiterhin uneins über Bewertung der „Option Kernenergie“

Auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 10/4638) soll der Landtag Nordrhein-Westfalen stärker in die Debatte über die erforderlichen Weichenstellungen für eine rationellere und umweltchonendere Nutzung herkömmlicher und regenerativer Energien einbezogen werden. Darüber herrschte bei der Debatte am 16. November zum Tagesordnungspunkt „Energiestudie NRW 88“ Einigkeit zwischen den Fraktionen. Der Antrag wurde an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (federführend) sowie an den Wirtschafts- und Umweltausschuß überwiesen.



Plädierten für eine stärkere Einbeziehung des Parlaments in energiepolitische Entscheidungen (v.l.n.r.): Rudolf Apostel (SPD), Joachim Erwin (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.) und Franz-Josef Kniola (SPD).

Fotos: Schüler

**Rudolf Apostel** (SPD) hielt nichts davon, jetzt wieder eine Diskussion über das Pro und Contra der Kernenergie anzufangen, es müsse vielmehr die Frage gestellt werden: Ist das Weltklima wirklich durch die vorherrschende Art der Energiebereitstellung und -nutzung gefährdet? Man müsse sich über diese Frage auch im Parlament auseinandersetzen, dazu gehöre auch, daß man über die Forschungsaktivitäten im Lande informiert und über mögliche Defizite unterrichtet werde. Man wolle als Parlament auch über die Maßnahmen und Planungen der Landesregierung und über die finanziellen Aufwendungen beraten können. Wenn auch die Zusammenhänge zwischen Energienutzung und Klimaveränderungen noch nicht im letzten wissenschaftlich bewiesen seien, so sei dennoch schon ersichtlich, daß die Entwick-

lung dringend nach „veränderndem Handeln“ verlange. Für das Kohleland NRW müsse die angestrebte Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um die Hälfte nicht das Ende des Bergbaus bedeuten, verwies Apostel auf Berechnungen von Professor Bach, der über 2030 hinaus den Einsatz von 99 Millionen SKE für möglich halte. Es gehe um eine komplexe Umstrukturierung des Energiesystems, der SPD-Antrag wolle den Dialog zum Thema Klimastabilisierung für die Handlungsverantwortung des Parlaments verstärken.

**Joachim Erwin** (CDU) vertrat die Auffassung, der Treibhauseffekt lasse sich nur durch eine vernünftige, sichere Nutzung der Kernenergie vermeiden; wer das nicht anerkenne, der sei nicht redlich. Wenn, wie

werden, die das Bundes-BAFÖG weiter unberücksichtigt lasse.

**Herbert Reul** (CDU) unterstrich die weiterhin bestehenden grundsätzlichen Bedenken der Union, die eben der vollzeitschulischen beruflichen Ausbildung keine Priorität vor dem dualen System einräumen wolle. Was hier als Notmaßnahme angeboten worden sei, sollte nicht unnötig verlängert werden.

**Heinz Hilgers** (SPD) nannte diese Bewertung angesichts der gerade 500 Plätze (gegenüber 100 000 in der betrieblichen Ausbildung) „danebenliegend“.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) erklärte die Absicht seiner Fraktion zur konstruktiven Beratung des Entwurfs, wenn nachgewiesen werde, daß das als „Notstopfen“ konzipierte Gesetz noch notwendig sei.

festgestellt worden sei, NRW bei der umweltverträglichen Energieversorgung hinter seinen wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten zurückbleibe, dann müsse man doch fragen dürfen, was die SPD eigentlich mit ihrer absoluten Mehrheit angefangen habe, um umweltverträgliche Energien zu fördern. Nur eine realistischere Betrachtung der Option Kernenergie und des gemeinsamen Einsatzes von Kernenergie und alternativen Energieformen biete die Chance zur Senkung des Treibhauseffektes, fand Erwin und rief dazu auf, die moderne Technologie der Rauchgasreinigung in diesem Lande den Kraftwerken im Osten zur Verfügung zu stellen, „denn was an CO<sub>2</sub> dort herauskommt, trifft uns alle weltweit. Hier könnten wir praktisch helfen und müßten nicht nur Sonntagsreden halten.“

**Andreas Reichel** (F.D.P.) sah die Notwendigkeit einer „nationalen Kraftanstrengung, die Vorbereitung und Gestaltung einer neuen, besseren Energieversorgungslandschaft“, damit die heute junge Generation den breiten Einsatz risikoärmerer und umweltfreundlicherer Energieversorgungsquellen noch erlebe. Er stimme mit dem Kollegen Apostel überein, daß man jetzt über das Zeitalter von Kohle und Kernenergie hinausdenken müsse. Es gebe dafür im Lande noch viel zu tun: Zwar sei an den Hochschulen und Fachhochschulen die Bereitschaft groß, sich auf dem Gebiet der regenerativen Energien zu engagieren, doch sie festzuhalten, daß das Land in diesem Bereich noch keine erkennbaren Schwerpunkte gesetzt habe. „Nach eigenen Angaben geben wir im Jahr 1,7 Milliarden Mark für Kohlehilfen aus. Vergleichsweise klägliche 18 Millionen Mark im Jahr lassen wir uns die Förderung regenerativer Energien kosten, im nächsten Jahr sind es dann ja immerhin 26 Millionen Mark. Hier klaffen noch riesige Unterschiede zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, stellte Reichel fest.

**Franz-Josef Kniola** (SPD) nannte als Hauptaufgabenfelder die Reduzierung des Einsatzes von Energie, Einbeziehung von regenerativen Energiequellen und die Wirkungen auf Klima und Umwelt. Hier könnten nicht nur Hochschulen und Ministerium allein tätig bleiben, „nun muß auch das Parlament in den Diskussionsprozeß einbezogen werden“. Inhalt des Antrags sei nicht die Energiepolitik, „sondern ist die Frage, welche Felder von Energieforschung und -entwicklung es gibt, die noch zu beackern sind“. In NRW als Kohleland sei zum Beispiel klar, daß man sich verstärkt den besonderen Problemstellungen der Verstromung von Kohle zuwenden müsse. Wenn auch die Sonnenenergie aufgrund der Einstrahlungsverhältnisse keine Rolle spielen könne, so dürfe die Bedeutung dieser Technologie für den Export nicht unterschätzt werden — ähnlich verhalte es sich mit der Windenergie. Das Augenmerk müsse man besonders richten auf Transport und Speicherung von regenerativen Energien.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) unterstrich auch, daß der Weiterentwicklung der energetischen Nutzung von Stein- und Braunkohle große Bedeutung

Fortsetzung Seite 17

### Regierung schlägt Verlängerung vor

In erster Lesung hat der Landtag den Entwurf der Landesregierung für ein Unterhaltsbeihilfengesetz für Schüler (Drs. 10/4807) beraten und an die Ausschüsse weiterverwiesen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) nannte zwei Ziele: Jugendliche ohne betrieblichen Ausbildungsplatz sollen auch in den nächsten beiden Jahren in die Fachstufe einer vollzeitschulischen Berufsausbildung eintreten können und dabei den selben versicherungsrechtlichen Schutz erhalten. Zum anderen solle die landesrechtliche Schülerförderung durch Anhebung der Elternfreibeträge für diejenigen verbessert

Die F.D.P. hat bei der Aussprache über ihre Große Anfrage 25 zur Situation der Pflegebedürftigen in Nordrhein-Westfalen und die darauf erfolgte Antwort der Landesregierung (Drs. 10/3257 und 10/4632) beklagt, für private Träger sei in NRW die Chancengleichheit nicht gegeben. Im übrigen kritisierte die F.D.P.-Sprecherin Marianne Thomann-Stahl die unzureichende Beantwortung der Großen Anfrage. Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann forderte mehr Forschung für alte Menschen, Behinderte und Pflegebedürftige. Der Anteil der Pflegebedürftigen bei den über 80jährigen habe zwischen 1975 und 1987 um rund 70 Prozent zugenommen. Die soziale Sicherung müsse in einem Bundespflegegeldgesetz neu gestaltet werden.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) erklärte bei einer zusätzlichen Begründung, diese Große Anfrage sei unglaublich schlampig beantwortet worden. Das Ministerium habe sich nicht einmal Mühe gemacht, Begriffe zu klären, geschweige denn ordentliches Zahlenmaterial zusammenzutragen. In der Antwort werde völlig ignoriert, daß für die Pflegebedürftigen mittlerweile ein großes und vielfältiges Angebot an Leistungen bestehe, das nicht von kommunalen oder freigemeinnützigen Trägern erbracht werde. Dieses Angebot solle offenbar auch in Zukunft nicht berücksichtigt werden. Nur wenn man einen Leistungsvergleich zwischen allen Anbietern — und zwar unter Einbeziehung der privaten — durchführe, lasse sich die Forderung des Gesundheitsreformgesetzes nach Wirtschaftlichkeit der Pflege umsetzen. Die Abgeordnete beklagte, für private Träger sei in NRW die Chancengleichheit nicht gegeben.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) verwies darauf, in den Pflegeeinrichtungen und -diensten klappe trotz aller Anstrengungen das Angebot an qualifizierter Pflege, Betreuung und Bedarf auseinander. Der Anteil der Pflegebedürftigen bei den über 80jährigen sei zwischen 1975 und 1987 um rund 70 Prozent gestiegen. Noch immer trügen die Familien einen Großteil der Pflege. „Ohne ihren Einsatz wäre unser System längst zusammengebrochen“, sagte der Minister. Die Finanzierung von Pflegeleistungen sei völlig unzureichend geregelt. Seit vielen Jahren stehe die Einbeziehung der Pflegebedürftigkeit in das System der sozialen Sicherung aus. Es sei für den Pflegebedürftigen und seine Angehörigen ein fundamentaler Unterschied, ob Pflegeleistungen auf eigene Kosten oder als Sozialhilfeleistungen nachgefragt werden müßten. Sozialpolitisch verheerend sei die fehlende Einbeziehung der Heimpflege. Der Minister machte ferner deutlich, daß an der Belastung der Gemeinden durch Sozialhilfe das Gesundheitsreformgesetz so gut wie nichts ändere. Er setzte sich für ein Bundespflegegesetz ein, das allen Pflegebedürftigen, unabhängig von ihrem Alter und der Ursache der Pflegebedürftigkeit, notwendige Hilfe möglich mache.

Hermann-Josef Arentz (CDU) sagte, er halte es schon fast für einen Verstoß gegen die Menschenwürde auch des pflegebedürftigen alten Menschen, wenn man nicht gemeinsam alle Anstrengungen dafür unternehme, den Anteil der beruflich qualifizier-

## Große Anfrage der F.D.P. und Regierungsantwort

# Situation der Pflegebedürftigen in NRW: Soziale Sicherung in Bundespflegegeldgesetz gefordert



Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt: v.l. Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU) und Horst Radtke (SPD).  
Fotos: Schüler

ten Mitarbeiter in der Altenhilfe und Altenpflege nachhaltig zu erhöhen. Der Abgeordnete kritisierte, der Minister habe vorgetragen, daß die Pflegeleistungen der Gesundheitsreform im Gesundheitsreformgesetz unter dem Vorbehalt von Einsparungen in der Gesundheitsvorsorge stünden. Das stehe nirgendwo drin, unterstrich Arentz. Das sei ein weiterer Beitrag von Heinemanns unerträglicher Verleumdungskampagne gegen Norbert Blüm und gegen die Gesundheitsreform.

Horst Radtke (SPD) erklärte, die Große Anfrage der F.D.P. nehme Teilaspekte des erwarteten und in Kürze vorzulegenden Zweiten Landesaltenplans vorweg und sei aufgrund des von der Landesregierung im April 1989 vorgelegten Gutachtens „Ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen“ überflüssig. Mit den anderen Fraktionen sei man einig, daß dringend eine verbesserte Ausbildung, besonders im gerontopsychiatrischen Bereich gesorgt werden müsse. Die Kostenregelungen für die besonders zu betreuenden Alten und psychisch kranken Menschen seien bisher unzureichend. Da sollte man gemeinsam fordern, daß die Zuschläge zu den Mehrkosten der Heimträger verstärkt und endlich auch einmal gesichert würden. Die SPD begrüße, daß die Landesregierung die Ausbildungsdauer für Altenpfleger von zwei auf drei Jahre verlängert habe. Sie halte die Kostenregelung, die Hunderttausende alter Menschen der Bundesrepublik nach einem arbeitsreichen Leben zu Sozialhilfeempfängern mache, für nicht länger hinnehmbar.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) sagte in einem weiteren Beitrag, auch um eine Klasesengesellschaft in den Einrichtungen zu verhindern, wäre es sehr wichtig, die Gründe zu erforschen, weshalb im Durchschnitt und absolut die Pflegesätze der privatgewerblichen Einrichtungen niedriger seien, obgleich diese keine staatlichen Zuschüsse und Subventionen erhielten. Zum Landesaltenplan meinte die Abgeordnete, ein Anhören und Mitgestalten wäre für alle Organisa-

tionen und Trägerformen wichtig und notwendig. In diesem Zusammenhang erscheine ihr gerade die Vernetzung aller Leistungsangebote im Sozialbereich als eine der wichtigsten Aufgaben.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) berichtete, nach den Beratungsergebnissen werde man den Landesaltenplan so schnell wie möglich vorlegen. Das werde aber erst nach dem 13. Mai 1990 sein. Er machte ferner darauf aufmerksam, daß die privat-gewerblichen Träger der Altenhilfe im Gegensatz zu den freigemeinnützigen Trägern ihre Selbstkostenblätter nur dann vorlegten, wenn sie Pflegesatzvereinbarungen abschließen wollten. Generell verweigerten sie die Vorlage, weil sie den Landschaftsverbänden bzw. den Pflegesatzkommissionen das Recht bestritten, sich in ihre eigenen Karten sehen zu lassen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) erklärte in einem weiteren Beitrag, das, was hier in NRW seit 1980 laufe, sei eine Politik zu Lasten der Alten und der pflegebedürftigen Menschen. Tatsache sei, daß im Landeshaushalt noch 1980 370 Millionen Mark zur Altenhilfe bereitgestellt hätten. Diese Mittel seien bis heute auf die Hälfte gekürzt worden.

Wolfram Dorn (F.D.P.) erklärte zu einem Einwurf des Ministers, die Bundesregierung habe die Kassen der Bundesbank geplündert, man lasse es sich nicht bieten, daß hier ein Minister Rechtspositionen außer acht lasse und in eine Diffamierung der Bundesregierung eintrete, die ohne jede Grundlage sei.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) entgegnete, er habe ausgeführt, daß die Verschuldung 1982 bei rund 300 Milliarden Mark und 1988 bei rund 500 Milliarden Mark gelegen habe. Nach der Prognose der Bundesregierung sei vorgesehen, die Verschuldung bis 1993 auf ungefähr 617 Milliarden Mark zu bringen. Damit habe die Bundesregierung innerhalb von elf

Fortsetzung Seite 7

## CDU-Prüfanliegen:

### Mehr Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst

Der CDU-Antrag „Verbesserung und Ausbau der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst in NRW“ (Drs. 10/4734) wurde bei grundsätzlicher Zustimmung aller Fraktionen am 16. November in die Ausschußberatung überwiesen.

**Wolfgang Jaeger** (CDU) begründete den Antrag mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit, die zu ungewöhnlichen Wegen zwingt. Teilzeitarbeit liege im Trend. Rund jeder dreizehnte Arbeitnehmer arbeite teilzeit. Größten Nachholbedarf an Teilzeitarbeitsplätzen habe die Industrie, aber auch der öffentliche Dienst könne Signale setzen. Die zunehmende Berufstätigkeit beider Ehepartner



Signale setzen: v.l. Wolfgang Jaeger (CDU) und Stefan Frechen (SPD).

und älterer Arbeitnehmer verlange nach mehr Angeboten. Freiwerdende Stellen könnten auf zwei Arbeitslose verteilt werden. Bei Ausschreibungen sollten Vollarbeitsplätze auf Teilungsalternativen hin überprüft werden. Für Teilzeit müsse auch geworben werden. Die Landesregierung solle dazu berichten. Im übrigen seien die Vorschläge von allen Seiten gefragt.

**Stefan Frechen** (SPD) erwiderte, das Land habe auf diesem Sektor schon einiges geleistet. Die SPD-Fraktion interessiere sich besonders für den Abbau von Nachteilen für Teilzeitarbeit. In NRW gebe es fast eine Million Teilzeitbeschäftigte, davon seien etwas über 800 000 Frauen, im öffentlichen Dienst seien es über 60 000. Nachteile gebe es bei der sozialen Absicherung, beim Aufstieg und bei der Fortbildung. Im Frauenförderkonzept würden letztere ausgeräumt. Vermehrte Einrichtung von Halb- und Dreiviertelstellen sei vorgesehen. Im CDU-Antrag werde der Eindruck eines Vorrangs für Teilzeit-Einstellungen vermittelt. Ein solches Begehren könne nur auf Bundesebene durchgesetzt werden.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) stimmte der Initiative grundsätzlich zu. Dem öffentlichen Dienst stehe die Vorreiterrolle zu, sie

## Wickel: „Volkszählung kam zu spät“

### Nachdenken über Wohnraumbeschaffung

Über einige Vorschläge der F.D.P. (Antrag Nr. 10/4797 „Mehr Wohnraum für NRW“) wolen die Wohnungsbaupolitiker aller drei Fraktionen im Fachausschuß eingehend beraten, wie in der Plenarversammlung am 16. November deutlich wurde. Der Minister für Stadtentwicklung und Wohnen, Dr. Christoph Zöpel (SPD) verwies dabei auf die kontinuierliche Wohnungsbauförderung in NRW.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte zur Begründung des Antrags, in NRW gebe es unterschiedliche Gründe für Wohnungsmangel: frühe Selbständigkeit junger Leute, mehr Alleinerziehende, Singlehaushalte durch Scheidungen, mehr Wohnraum pro Kopf, längeres Verbleiben in zu großen Wohnungen, schließlich Aus- und Übersiedler. Es gebe mehrere kurzfristige Lösungsmöglichkeiten, für die bürokratische Hindernisse beseitigt werden müßten. Für Baulückenschließung könnten Anreize geschaffen werden ebenso wie für Umbau und Freimachen von Wohnungen. Das würde zudem die staatliche Wohnungsbauförderung entlasten. Die F.D.P. trete ferner dafür ein, einen Wohnungsbaubeauftragten einzusetzen.

**Gerd-Peter Wolf** (SPD) bezeichnete die Vorschläge der F.D.P. als Zickzackkurs von „Wendehälsen“, da diese Fraktion vor drei Jahren den Wohnungsleerstand als Hauptproblem bezeichnet habe. Von der Marktwirtschaft im Wohnungsbau sei nun auch nicht mehr die Rede. Enttäuschend seien auch die wenig zu Ende gedachten Vorschläge. Wohnraum in Gewerbegebieten etwa werden vom neuen Baugesetzbuch des Bundes sehr restriktiv geregelt. NRW habe im Wohnungsbau die Nase vorn, weil es keine hektischen Maßnahmen ergriffen, sondern einen klaren Kurs beibehalten habe. Das wenige Bedenkenswerte im F.D.P.-Antrag werde im Ausschuß ernsthaft geprüft.

**Günter Kniefelkamp** (CDU) lobte das umfangreiche Wohnungsbauprogramm des Bundes mit einem Finanzvolumen von acht Milliarden Mark in den nächsten vier Jahren und zusätzlichen 300 Millionen Mark für rund 20 000 Studentenwohnplätze. Ein neuer flexibler Förderweg sei eingeführt worden. Außerdem könnten 80 000 Eigenheimer sofort mit dem Bau beginnen, da die Zutei-

lungsreife des Bausparvertrags für den Baubeginn entscheidend sei. Auf das gesamte Sonderprogramm solle sich das Land einstellen und seinen Anteil am sozialen Wohnungsbau aufstocken. Vereinfachte Verfahren für Planungen würden bei dringendem Wohnbedarf eingeführt und Vorkaufsrechte der Gemeinden erweitert. Auch im Landesrecht müßten Vorschriften erleichtert werden.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) meinte, die Volkszählung sei zu spät gekommen, die unerwartet hohe Zunahme von Einzelhaushalten zeige das. Die Wohnraumverknappung berge hochbrisanten sozialen Sprengstoff. Die Bodenvorratspolitik der Gemeinden habe zum Teil Planung und Nutzung verhindert, nun stehe Grünflächenersatz im Wege. Ausgesprochen unselige Eingriffe des Düsseldorf Ministeriums erschweren zusätzlich baldige Bebauung.

**Stadtentwicklungsminister Dr. Christoph Zöpel** (SPD) hielt die Fragestellung nach schnellerem Bauen für berechtigt. NRW liege 1989 sowohl bei Genehmigungen als auch bei Fertigstellungen über den Zuwachsraten im Bundesdurchschnitt. Daher sei eine Debatte über Behinderungen überflüssig. Der positive Trend solle fortgesetzt werden: Abkehr von Flächensanierungen seit 1980 und Steigerung der städtebaulichen Qualität. Leerstehende Hochhäuser seien wieder belegt, neue sollten nicht mehr gebaut werden. Für die Städte müßten Lösungen im Zusammenhang mit Stellplätzen und Dachgeschoßausbau gefunden werden. In manchen Fällen müßten Autos vor den Toren der Stadt gelassen werden. Spekulatives Leerstehen müsse rechtlich beseitigt, Vermietung durch preisliche Mechanismen unterstützt werden. Über unnötige Hemmnisse unaufgeregt nachzudenken, dazu sei er bereit.

solle nicht auf Frauen beschränkt werden. Allerdings dürfe mehr Teilzeitarbeit nicht zum Abdrängen der Frauen auf Hausarbeit und der Männer in Schwarzarbeit führen. Bei Sozialarbeit, Feuerwehr und Polizei sei das nicht so einfach wie bei Schreibtischberufen. Vielfach fehle es auch an kollegialem Verständnis. Häufig werde als einzige Alternative zur Vollzeit das Ausscheiden aus dem Dienst verlangt.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) wies darauf hin, daß der mit Teilzeitarbeit verbundene Einkommensverzicht von manchen Beamtengruppen nicht verkraftet werden könne. Der öffentliche Dienst habe bereits eine Vorreiterfunktion mit seinem Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen von fast 20 gegenüber acht im Prozent im produzierenden

den Gewerbe und rund 15 Prozent im gesamten Dienstleistungsbereich. Am Antragsprinzip des Beamtengesetzes müsse festgehalten werden. Der Bund sei mit der Dienstrechtsänderung vom 30. Juni 89 einen richtigen Weg gegangen. Vor überzogenen beschäftigungspolitischen Erwartungen sei zu warnen. Im Lehrerbereich stelle sich schon die Frage der Funktionsfähigkeit. Die Interessen der Bediensteten müßten berücksichtigt werden. Die Nachteile der Teilzeitarbeit müßten auch genannt werden.

**Wolfgang Jaeger** (CDU) betonte, es sollten Chancen durch eineinhalb Einkommen in Familien geschaffen werden, keine Verluste. Um Zwangsteilzeitbeschäftigung gehe es nicht.

## Kommunen entscheiden

# Außenausschank nach 22 Uhr soll mehr Urbanität in Städte bringen

Sollen Lokale nach 22 Uhr noch Außenbetrieb aufrechterhalten können? Die SPD-Fraktion will mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes den Kommunen die Möglichkeit geben, im Einzelfall zu entscheiden. (Drs. 10/4790). Die Novelle wurde in erster Lesung beraten und einvernehmlich an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

**Hans Alt-Küpers** (SPD) erläuterte, die Innenstädte würden wieder urbaner. Die Bürger nähmen die neuen Angebote auch wahr und an. Am Beispiel des Aachener Marktplatzes zeigte er auf, daß sich dort bereits während der Umbauphase neue Lokale, Cafés und Eisdielen etabliert hätten. Der Abgeordnete führte weiter aus, daß die bisherigen Regelungen, die auch schon vorsähen, daß die Gaststätten in bezug auf den Außenausschank nach 22 Uhr Sondergenehmigungen erteilt werden könnten, nicht ausreichen. Die SPD wolle mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung keineswegs das Recht auf Nachtruhe einschränken oder nehmen. Man sei aber der Auffassung, daß nach dem heute geänderten öffentlichen Bedürfnis es hier zu neuen Grenzziehungen kommen müsse. „Wir sind der Auffassung, daß man den Kommunen mit der von uns vorgeschlagenen Gesetzesänderung das Instrumentarium verschaffen sollte, zu Ausnahmeregelungen vom Verbot des Paragraphen 9, Absatz 1, des Landesimmissionsschutzgesetzes zu kommen“, sagte der Politiker.

**Heinrich Kruse** (CDU) merkte an, es könnten bereits heute ohne Gesetzesänderung bis 1 Uhr Ausnahmeregelungen von den Gemeinden festgelegt werden, und zwar nach der Sperrzeitregelung des Gaststättengesetzes. Letztlich gehe es im Paragraphen 9, der geändert werden solle, um den Schutz der Nachtruhe. Der Abgeordnete gab die Meinung seiner Fraktion wieder, daß, wenn das Gesetz geändert werden solle, gleichzeitig auch die von der CDU geforderte Rechtssicherheit für die Genehmigung von Volks- und Heimatfesten in die Novelle eingearbeitet werden sollte.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) erinnerte daran, daß seine Fraktion vor zwei Jahren einen Vorschlag eingebracht habe, durchaus in die gleiche Richtung ziele wie der heutige von der SPD-Fraktion. Es sei dabei um die Liberalisierung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften gegangen. Das sei natürlich abgelehnt worden. „Voller Freude“ sah der Abgeordnete, daß dem Anliegen der F.D.P. jetzt auf dem Umweg über die Mehrheitsfraktion mindestens in einem Teilbereich Gerechtigkeit widerfahre.

**Gerhard Wendzinski** (SPD) betonte, auch die Initiative der SPD-Fraktion werde nicht

# Mehr Allgemeinbildung für Europa

Der Landtag hat entsprechend einer Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung den CDU-Antrag „Nordrhein-Westfalen fit machen für den Europäischen Binnenmarkt — Unser Kapital ist das Wissen und Können der Menschen“ für erledigt erklärt (Drs. 10/4774 und 10/4097). Die CDU hatte darin u.a. eine verbesserte, auf Europa ausgerichtete Allgemeinbildung gefordert.

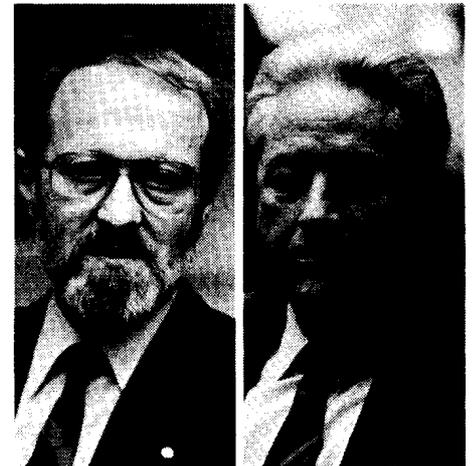
**Erich Heckelmann** (SPD) sagte, das Fitmachen für den Europäischen Binnenmarkt, wie die CDU es nenne, sei keine völlig neue Leibesübung mehr. Denn von der Vielfalt der EG-Programme hätten zum Beispiel die Schulen und Hochschulen aus NRW vielfältigen Gebrauch gemacht. Die CDU erkläre nun, es gebe noch strittige Fragen. Sie nenne die Schulzeitdauer. Dennoch müsse man sich die Wirkung einer Verkürzung der Schulzeitdauer sehr wohl überlegen. Es treffe zu, daß die Hochschulabsolventen aus anderen EG-Mitgliedstaaten beim Berufseintritt im Durchschnitt jünger seien. Aber welcher ökonomische Vorteil liege eigentlich darin? Fraglich sei, ob unser hohes Qualitätsniveau nach unten verändert werden dürfe. Zudem könne man nicht ernsthaft fordern, die Schulzeiten zu verkürzen, wenn man gleichzeitig fordere, die Schüler sollten mehr und mehr lernen. Kinder und Jugendliche mit Terminplänen von Managern — eine furchterregende Vorstellung, schloß der Abgeordnete.

**Dr. Wilfried Helmes** (CDU) betonte, man brauche eine verbesserte und auf Europa ausgerichtete Allgemeinbildung und intensiven Umgang mit europäischen Fremdsprachen. Dazu gehöre mit neuen Methoden der Umgang mit Fremdsprachen schon von der Grundschule an bis hin zu bilingualen Schulen und dem Fremdsprachenangebot an Hochschulen für alle Studierenden. Ferner sehe man die Notwendigkeit, die Bildungsdauer an Schulen und Hochschulen zu verkürzen, damit die jungen Menschen gegenüber ihren Partnern in anderen europäischen Ländern nicht in einen Konkurrenznachteil gerieten. Für die Qualität der Ausbildung habe die CDU die Beibehaltung des gegliederten Schulwesens gefordert. Sie wolle die profilierte Hauptschule als Antwort auf praxisorientierte Begabungen. Ferner wolle man das duale Ausbildungssystem, auf dem Sektor der beruflichen Bildung weiterführen und stärken. Auf den Unsinn, die Gesamtschule als einen positiven Beitrag zum gegliederten Schulwesen zu bezeichnen, habe er schon hingewiesen.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) sagte, es könne doch nicht wahr sein, wenn man irgendwo eine politische Absicht einer Fraktion ent-

decke — er zitiere einmal das dreigliedrige Schulsystem — daß es dann von vornherein falsch sei. Sicher gebe es strittige Punkte und politisch unterschiedliche Bewertungen, beispielsweise im Bereich der Fremdsprachendiskussion, der Schulzeitdauer, der Frage der flexiblen Gestaltung von Bildungsphasen. Das könne man doch nicht einfach erledigen. „Das sind Punkte, die uns immer wieder hier beschäftigen müssen“, sagte der Politiker.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) meinte gegenüber der Opposition, wenn sie es nun auf Gemeinsamkeit angelegt hätte, dann wäre sie doch nicht so verfahren wie jener berühmte Kandidat der Biologie, der nur ein Thema beherrscht habe, nämlich die



Europa und die Schule: v.l. Erich Heckelmann (SPD) und Dr. Wilfried Helmes (CDU).

Würmer. In Examen sei er nach dem Elefanten gefragt worden. Aber sein zweiter Satz habe gelaute: Der Elefant habe einen wurmartigen Rüssel. Und dann sei die Einteilung der Würmer gekommen. „Wie Sie jedesmal die Kurve zu der schlimmen Verurteilung des dreigliedrigen Schulwesens durch die Regierungspartei und der Bevorzugung der Gesamtschule bekommen, ist schon abenteuerlich und in gewisser Weise bewundernswert. Sie kriegen die Kurve zu den Würmern wirklich auf eine Weise, die kaum noch nachzuvollziehen ist“, stellte der Minister fest.

zulassen, daß dort, wo überwiegend Wohnbevölkerung lebe, die Sperrzeit über 22 Uhr hinaus verlängert werde, weil hier im Abwägungsprozeß das Ruhebedürfnis der Bevölkerung Vorrang habe.

**Lothar Hegemann** (CDU) sagte, er verstehe unter Urbanität „Besiedlung“. „Besiedeln“ geschehe durch Menschen. Also habe man es mit Menschen zu tun, deren Nachtruhe es zu schützen gelte. Nach 22 Uhr, wenn die Ruhe erwünscht sei, werde es lauter. Dort, wo Gäste seien, seien auch Autos in der Nähe. Er könne nicht sagen, daß die CDU dem Gesetzentwurf der SPD uneingeschränkt zustimme.

## Pflegebedürftige ...

Fortsetzung von Seite 5

Jahren so viele Schulden gemacht wie alle Bundesregierungen in 33 Jahren zuvor.

**Reinhold Trinius** (SPD) forderte den CDU-Politiker Arentz auf, selbst zu kontrollieren, „wie Ihre Gesundheitspolitik eigentlich aussieht“. Den Namen Reform verdiene das nicht. „Was Sie einführen und Reform nennen, ist eine Dynamisierung der Eigenbeteiligung der Kranken und der alten Menschen bei der notwendigen gesundheitlichen Fürsorge und Pflege. Das müssen Sie bedenken. Sie kehren den Sinn von Reform ins Gegenteil um“, schloß der Abgeordnete.

## Wohnraumnot der Studenten hat sich verschärft

Von allen Fraktionen wurde bei der Beratung des CDU-Antrages „Mobilisierung von Wohnraum für Studenten“ auf die akuten Engpässe bei der Versorgung von Studierenden mit Wohnraum aufmerksam gemacht (Drs. 10/4829).

**Hubert Doppmeier** (CDU) erinnerte daran, daß eine bestimmte Zahl der Studierenden an den Universitäten in Wohnheimen untergebracht werden sollte. Diese Zahl sei für NRW auf 18,5 Prozent festgesetzt worden. Im Sommer seien es 10,27 Prozent gewesen. Im Wintersemester dürfe man jetzt bei etwa zehn Prozent sein. Unter den Wohnverhältnissen litten die Studenten. Es gebe Studenten, die für den Quadratmeter zum Teil 22 Mark zahlten. Diese Studenten hätten keinen millionenschweren Vater im Hintergrund. „Wo bleiben aber die Leistungen der Landesregierung und ihre Initiativen?“, fragte der Abgeordnete. Die CDU habe sich gesagt, man solle doch wenigstens den vorhandenen Wohnraum mobilisieren und zwar durch Anreize, indem man einmal eine Prämie zahle. Ferner müsse die Landesregierung endlich mit einem mittelfristigen Wohnungsbauförderungsprogramm für den studentischen Wohnungsbau kommen.

## Eine Milliarde Mark

**Karl Schultheis** (SPD) stellte richtig, die Quote von 18,5 Prozent sei bezogen auf die Studienplatzzielzahl. Das seien eben nicht die Studierenden, die tatsächlich im Land vorhanden seien. Ein wichtiger Aspekt sei, ob man die Frage des Studentenwohnheimbaus nicht von der allgemeinen Wohnraumproblematik lösen könne. Die CDU begeben sich hier in einen Verschiebepark, wenn sie der Landesregierung Verantwortlichkeiten zuschreiben wolle, die bei ihr nicht richtig angesiedelt seien. „Wir sind der Meinung, daß wir den Wohnraumbedarf im Kern nur im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus regulieren können, daß wir dort Angebote machen können“, sagte der Abgeordnete.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) meinte, die Knappheit von Wohnraum für Studenten sei neben der Entwicklung der Studentenzahl auch eine Folge der Versäumnisse der Landespolitik. 1989 seien in NRW 110 Wohnheimplätze im Bau, in Baden-Württemberg im Vergleich dazu 2700. Die F.D.P. stimme der Forderung der CDU zu, durch unkonventionelle und rasch wirksame Maßnahmen für eine Erhöhung des Studentenwohnangebots aus dem Bestand und gleichzeitig auch durch Neubaumaßnahmen Sorge zu tragen. Es gebe auch andere Verfahren, z. B. könnten die Studentenwerke Belegrechte kaufen.

**Paul Mohr** (CDU) betonte, mit der Zunahme von Asylanten, Aus- und Übersiedlern verschärfe sich die Wohnraumsituation beängstigend. Die Landesregierung sei nicht in der

## Sport soll zur Rekultivierung des Wohnumfeldes beitragen

Der Landtag hat nach einer Beschlußempfehlung des Sportausschusses einen neu formulierten Antrag „Sport in einer lebenswerten Umwelt“ einstimmig angenommen. Anträge der CDU- und SPD-Fraktion wurden für erledigt erklärt. Die F.D.P. hatte einen Änderungsantrag zurückgezogen. In der Aussprache wurde deutlich, daß der Sport heute am meisten mit dem Nachbarschaftsrecht kollidiert. Kultusminister Hans Schwier sprach sich dafür aus, auf eine Verbesserung der rechtlichen Situation hinzuwirken (Drs. 10/4785).

**Uwe Herder** (SPD) sagte, seit in den 70er Jahren Bürger auch den Sport als Belastungsfaktor für die Umwelt entdeckt hätten, sei dieses Thema immer bedeutsamer geworden. Für die SPD sei es wichtig, die Probleme in den Städten, also da, wo die Menschen dicht zusammenlebten, und in der freien Landschaft deutlicher als bisher voneinander zu trennen. Für ihn persönlich gelte, daß in der Stadt bei einem Interessenkonflikt der Mensch den Vorrang haben müsse. In der freien Landschaft könne es aber auch um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen gehen. Für die zunehmende Zahl der aktiven Sportlerinnen und Sportler brauche man mehr Raum. Man wolle aber keine weitere Zersiedlung der Landschaft, auch nicht durch den Sportstättenbau. Der Abgeordnete forderte die Landesregierung auf, einen Sportstättenentwicklungsplan zu erarbeiten. Man plädiere für die kleine und weniger auffällige „Sportangelegenheit“ in unmittelbarer Wohnungsnähe. Der Sport müsse einen Beitrag zur Rekultivierung des Wohnumfeldes leisten.

**Anne-Hanne Siepenkoth** (CDU) sagte: „Wir wollen, daß die Möglichkeit der Sportausübung in der Nachbarschaft erhalten und erweitert wird.“ Es müsse verhindert werden, daß Sportanlagen aus den Wohngebieten hinaus in die freie Landschaft verdrängt würden. Man begrüße, daß der Sportausschuß den CDU-Antrag zur Novellierung der Baunutzungsverordnung im

Interesse des Sports einstimmig angenommen habe. Der Sport trage nur sehr wenig zur Beeinträchtigung der Natur bei. Es sei unstrittig, daß die Hauptverursacher von Umweltschäden in vielen anderen Bereichen zu suchen seien.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) meinte, ihn störe nur, daß die Debatte immer unter dem Vorzeichen „Sport und Umwelt“ stattfindet. Natürlich gebe es Konfliktsituationen zwischen Sport und Umwelt. Sie gebe es beim Skisport, beim Wassersport, eventuell sogar beim Joggen im Wald. Insgesamt aber stehe der Sport eher weniger im Konflikt zur Umwelt als „andere Ausdrucksformen unseres Lebens“. Zu den Hauptkonflikten zählte der Abgeordnete die Nachbarschaftsrechtskonflikte. Er begrüße, daß die Bundesregierung jetzt angekündigt habe entweder über eine technische Anleitung Freizeitlärm oder eine entsprechende Rechtsverordnung sicherzustellen, daß Sport weiterhin wohnungsnah, siedlungsnah stattfinden könne.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) meinte, sein Vorredner Ruppert habe recht, das entscheidende Problem, das sich immer wieder stelle, seien die Nachbarrechtsbestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches. Man habe allen Grund aufzupassen und auf die Verbesserung der rechtlichen Situation hinzuwirken. Der Grundsatz des Nachbarrechts müsse unter die Lupe genommen werden. „Ich nehme an, wir müssen es ändern“, sagte der Minister.



Die Sportstätten sollen nicht auf die grüne Wiese ausweichen müssen, sondern Teil des Wohnumfeldes bleiben.

Lage, sich rechtzeitig auf die Wohnraumnot der Studenten einzustellen.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) erklärte, die Situation habe sich im letzten Jahr erheblich verschärft. NRW habe seit 1970 eine Milliarde Mark in den Wohn-

raumbau für Studenten investiert, davon seien 250 Millionen Mark Bundesmittel. Von allen Bundesländern habe man am meisten getan. In ihrem Haushalt würden 1990 elf Millionen Mark gezielt zur Herrichtung von Wohnraum verwendet werden, berichtete Frau Brunn.

**Heilberufsgesetz:****Dreijährige  
Ausbildung  
im Fach  
Allgemeinmedizin**

*Eine Übergangsregelung für die Ausbildung der Allgemeinmediziner als Umsetzung von EG-Recht enthält der Änderungsentwurf zum Heilberufsgesetz (Drs. 10/4796), der nach der Aussprache am 16. November in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales überwiesen wurde.*

**Justizminister Dr. Rolf Krumsiek** (SPD) begründete in Vertretung des Gesundheitsministers den Entwurf mit jahrelangem Drängen der Länder auf eine Reform der Mediziner Ausbildung, das bisher ohne Fortschritte geblieben sei. Weitere Verzahnung von Klinik und Vorklinik, durchgehende Vermittlung von Allgemeinmedizin, Neuordnung der Ausbildungsinhalte und Gewichtung der Fächer sowie Straffung und Verkürzung des Medizinstudiums seien vordringliche Reformziele. Die EG-Richtlinie Allgemeinmedizin erweise sich als politische Chance, die die Landesregierung offensiv nutzen wolle. Sie werte den praktischen Arzt auf, der heute nicht mehr ausreichend auf seine besondere Aufgabe als Hausarzt vorbereitet sei. Das NRW-Heilberufsgesetz werde um die Vorschriften zur spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin ergänzt. Diese solle drei Jahre lang dauern. Eine Überschreitung der heutigen bis zu achtjährigen Ausbildungszeit sei unververtretbar.

**Heinrich Dreyer** (CDU) bemängelte, die Regierung lege den Entwurf zur Umsetzung der EG-Richtlinie zum 1. Januar 1990 in letzter Minute vor, das hätte in elf Monaten früher geschehen können. Ansonsten begrüße die CDU die Änderung. Das Berufsfeld des praktischen Arztes müsse attraktiver werden. Eine insgesamt neunjährige Ausbildungszeit würde jedoch den Wettbewerb deutscher Medizinstudenten verschlechtern.

**Bodo Champignon** (SPD) begrüßte den Entwurf. Die Regierung habe die Möglichkeit genutzt, qualitative Verbesserungen der ärztlichen Ausbildung insgesamt umzusetzen. Die SPD habe immer gefordert, daß das Gesundheitswesen nicht nur auf Heilen bereits eingetretener Erkrankungen, sondern auch auf Vorbeugung konzentriert werden solle. Dabei spiele der Hausarzt eine wichtige Rolle. Er wisse über krankheitsauslösende Lebensbedingungen seiner Patienten wie Familienstreß, Bewegungsarmut, Umweltbelastung, Ernährung und Berufsbelastung Bescheid.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) wies auf die hohen Anforderungen an die ärztliche Ausbildung hin und forderte, bereits die Studienbedingungen müßten verbessert werden. Häufig fehle bereits das Grundlagenwissen. Das zu lange Studium sei unzumutbar. Die neue Regelung sei nicht unproblematisch. Wenn sich das Studium nicht verkürzen läßt, werde es bei zwei Jahren Ausbildung in Allgemeinmedizin bleiben. Im Fachausschuß gebe es erheblichen Nachholbedarf an Informationen.

**Haushaltskontrolle und Landesrechnungshof****Landtag für Schutt-Einsatz im Straßenbau**

Haushaltskontrolle: v.l. Brigitte Heemann (SPD), Ursula Sauré (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Günter Harms (SPD).  
Fotos: Schüler

*Als „Angelegenheit von besonderer Bedeutung“ aus der Prüfungstätigkeit des Landesrechnungshofs (LRH) behandelte der Landtag bei der Aussprache über die Haushaltsrechnung für das Jahr 1986, über den Jahresbericht über Prüfungsergebnisse 1987/88 und den LRH-Bericht 1986 am 16. November den Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle über den Einsatz von Materialien des Schutt-Recycling im Straßenbau (Drs. 10/4831) und schloß sich der Empfehlung an, daß dessen Ergebnisse ab sofort umgesetzt werden sollten.*

**Brigitte Heemann** (SPD) ergänzte namens des Ausschusses für Haushaltskontrolle die Berichterstattung um einige Beispiele aus dem Bericht des Landesrechnungshofs, deren Behandlung und Folgemaßnahmen zur Entlastung der Regierung, wie von der SPD befürwortet, berechtigten. Die mangelnde Aufsicht eines Staatshochbauamts über ein Heizungsmodernisierungsvorhaben größeren Umfangs sei vom Ausschuss mißbilligt worden, der Schaden müsse von der Bauverwaltung ausgeglichen werden. Bei der Besteuerung bedeutender Veranlagungsfälle werde künftig mehr Effizienz durch Überwachung durch Vorgesetzte erreicht. Das bezifferbare Gesamtergebnis der LHR-Prüfungen belaufe sich 1987/88 auf 47 Millionen Mark. Die Ergebnisse berechtigten zur Entlastung.

**Ursula Sauré** (CDU) begründete die Weigerung der CDU, Entlastung zu erteilen, mit mangelnder Sorgfalt, Leichtfertigkeit oder Unbedachtsamkeit bei den beanstandeten Vorgängen, wodurch dem Land Schaden entstanden sei. Man könne nicht Jahr für Jahr Mißstände aufdecken, um dann das Mäntelchen der Liebe darüberzubreiten. Nur konsequentes Handeln helfe, Fehler auszumergen. Bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen seien mögliche Rabatte nicht ausgeschöpft worden. Das Zahlungsverfahren im Bereich Städtebauförderung könne kostengünstiger gestaltet werden. Unerledigte Voten des Ausschusses für Haushaltskontrolle lägen noch aus vergangenen Jahren vor. Für das Klinikum Aachen stehe immer noch ein Gesamtverwendungsnachweis aus, ein skandalöser Vorgang. Im Straßenbau des Landes finde Umweltschutz so gut wie nicht statt.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) verknüpfte die Reformen in der DDR mit der Bemerkung, auch bei uns würden Staat und Politik künftig mehr auf Substanz abgeklopft werden. Haushaltskontrolle sei wichtig für Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Verwaltung. Wegen der mangelhaften Durchführung von Beschlüssen schlage er vor, keine LHR-Berichte mehr zu beraten, bevor nicht die Konsequenzen aus den vorgegangenen gezogen seien. Auch solle der Grundsatz der Einheit von Prüfungen gelten und nicht aus einem „Ungeheuer ein Stück Fleisch“ herausgeschnitten werden. Durch ein formalisiertes Minderheitsvotum solle die nötige Kritik der Regierung mehr Wirkung entfalten. Die Vorauswahl des Rechnungshofs, was er prüfe und welche Informationen er dazu gebe, gehe ihm etwas zu weit. Der LRH sei eine unabhängige oberste Behörde mit richterlich unabhängigen Mitgliedern. Er habe die Aufgabe, den Landtag zu beraten. Begrenzte Information schaffe aber eine Grauzone.

**Günter Harms** (SPD) erwiderte, mit den Gegenständen der Abstimmung habe das nichts zu tun. Nach acht Beratungen im Ausschuss stelle sich vieles bei den drei in der Presse spektakulär überzeichneten Vorgängen anders dar. Der „gekachelte Feuerlöschteich“, bundesweit in der Presse, sei ohne Schaden für das Land ausgeräumt worden. Bei den Fehlern bei bedeutenden Steuerfällen habe es sich um individuelles Versagen gehandelt. Es gehe um Arbeitsintensität. Schäden durch entgangene Zinsen müßten qua Anordnung mitgeteilt werden. Es sei eine komplizierte Materie, die Finanzbeamte mitunter überfordere. Das Steuerrecht zu vereinfachen, sei Aufgabe der Politiker.

## Landtag verabschiedet Meldegesetznovelle:

### Bürger erhalten Widerspruchsrecht gegen Datenweitergabe an politische Parteien

In zweiter Lesung hat der Landtag am 16. November das Meldegesetz des Landes novelliert und dabei ein Widerspruchsrecht der Bürgerinnen und Bürger gegen die Weitergabe von Daten aus den Melderegistern an politische Parteien eingeführt. Die Abgeordneten stimmten dem Gesetzentwurf der Landesregierung in der Form der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung (Drs. 10/4810) zu. Der von der F.D.P.-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf (Drs. 10/4338) wurde mit Zustimmung der betroffenen Fraktion für erledigt erklärt.

**Jürgen Jentsch** (SPD) brachte das Anliegen beider Entwürfe auf einen Nenner: Sie seien die gesetzliche Ausgestaltung des informationellen Selbstbestimmungsrechts der Bürgerinnen und Bürger in bezug auf den Anspruch politischer Parteien oder von Wählergruppen auf Auskünfte aus dem Melderegister. Dabei sei der Entwurf der Landesregierung für die Bürger der günstigere, erteile er und erinnerte an das ursprünglich vorgesehene differenzierte Widerspruchsrecht, das man nach ausführlicher Beratung gestrichen habe; so sei das Gesetz praktikabler und leichter umzusetzen geworden. Im Innenausschuß sei der Entwurf, nachdem die SPD die Streichung dieser Bestimmung beantragt habe, einstimmig angenommen worden.

**Heinz Paus** (CDU) erinnerte an den Anlaß der Novelle, die DVU-Briefaktion zur Europawahl. Man habe den Bürgern die Möglichkeit schaffen wollen, bei künftigen Wahlen auf solche Briefe zu verzichten. Der ursprüngliche Entwurf der Landesregierung sei auf diesen Einfall abgestellt und „mit heißer Nadel genäht“ worden. Die CDU habe von Anfang an Bedenken gegen eine solche anlaßbezogenen Einzelfallregelung geäu-

bert, vor allem gegen die differenzierte Ausgestaltung. Gleichwohl sei die Union durchaus dafür, „daß der Wahlbürger darüber entscheiden kann und soll, ob seine Anschrift generell vom Meldeamt an die Parteien gehen soll“. Seine Fraktion begrüße es, daß „diese insgesamt übertriebene, unsinnige datenschutzrechtliche Überregelung vom Tisch ist“; dem bereinigten und akzeptablen Gesetzentwurf stimme man zu.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) stellte erleichtert fest: „Die Kuh ist vom Eis“. In wohlmeinender Absicht seien ursprünglich Datenschutzregelungen geplant gewesen, die auch nach Meinung des Datenschutzbeauftragten letztendlich nicht entsprochen. Ihre Fraktion („Der Klügere gibt nach“) habe sich mit der neu eingefügten Formulierung einverstanden erklärt; sie sei darum auch damit einverstanden, daß der F.D.P.-Antrag hinfällig werde: „Wir stimmen dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu“, schloß sie.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) widersprach der Auffassung, es handele sich bei der Novelle um ein Einzelfallgesetz. In anderen Bundesländern gebe es dieses Widerspruchsrecht schon, in NRW nur deshalb nicht, weil „wir seinerzeit als erstes Bundesland ein Meldegesetz vorgelegt haben“. Darum habe man weitere Erkenntnisse, die sich im Laufe der Beratungen in anderen Bundesländern ergaben haben, nicht mehr übernehmen können. Die Novellierung sei aber angesichts der Bürgerproteste im Vorfeld der letzten Europawahl notwendig geworden, betonte der Minister und bescheinigte dem Landtag, er habe insgesamt eine gute Arbeit geleistet, „denn wir haben dem Wunsch der Bürger entsprochen“. Da finde er auch nichts dabei, einmal nur zweiter Sieger zu sein — „vor allem dann, wenn das, was dabei herauskommt, besser ist als das, was vorher war“.

im Staatshochbau (220 Megawatt oder rund 40 Prozent) unterstrich Pfänder die Vorreiterrolle des öffentlichen Bereichs auf die Wirtschaft.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) machte deutlich, daß die Zustimmung seiner Fraktion an Prämissen gebunden sei: Preiswürdigkeit und Konkurrenzfähigkeit der Kosten für die Kohleheizung, Nutzung der Umweltschutzmöglichkeiten durch verbesserten Ausnutzungsgrad, etwa durch Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Nur dies rechtfertige angesichts des drohenden Treibhauseffekts den Einsatz für die Wärmegewinnung aus Verbrennungsvorgängen. Der Abgeordnete erinnerte in diesem Zusammenhang an den Verbund von Kohle und Kernenergie; nur die letztere sei in der Lage, den Energiehunger der Dritten Welt zu stillen. Dazu müsse die SPD Stellung beziehen, forderte er.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) fügte hinzu, Werbung und Marketing für den Einsatz heimischer Kohle auf dem Wärmemarkt müßten verbessert werden, da sich noch überall her-

## Finanzielle Lage der Polizeibeamten

In direkter Abstimmung hat der Landtag den F.D.P.-Antrag „Finanzielle Lage der Polizeibeamten verbessern“ (Drs. 10/4746) abgelehnt und statt dessen den Entschließungsantrag der SPD (Drs. 10/4862) angenommen. Ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 10/4869) wurde ebenfalls nicht angenommen.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) erkannte Handlungsbedarf; die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten müsse auf 2,50 Mark erhöht werden, ebenso sei mit der Polizeizulage zu verfahren, die schließlich seit 20 Jahren nicht erhöht worden sei. Das sei in Anbetracht des doch gefährlichen Dienstes nicht länger haltbar. Die SPD sollte sich auch zur Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage bekennen.

**Horst Hein** (SPD) bemängelte, daß die Opposition die Initiative des Landes im Bundesrat zur Verbesserung der finanziellen Lage der Polizei nicht erwähne. Er sei nach wie vor der Überzeugung, daß die Polizei verstärkt das Gefühl brauche, ihre schwere Arbeit werde auch finanziell anerkannt. Die Landesregierung sei polizeifreundlich, sie lasse zusammen mit der SPD-Fraktion die Polizisten nicht im Regen stehen.

**Georg-Wilhelm Mietz** (CDU) bestritt das Recht zur Behauptung, man habe alles für die Polizei im Lande getan: Überstunden, die nicht ausreichende Zahl von Neueinstellungen und die immer noch ausstehende Funktionsanalyse sowie der Stellenkegel sprächen eine andere Sprache. Innere Sicherheit und Schutz der Bürger seien nur gegeben, wenn die Sicherheitsorgane des Landes angemessen ausgestattet würden.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) betonte, er sei auch dafür, daß die Besoldungssituation verbessert werde, aber bei allen Forderungen müsse man die Auswirkungen auf den gesamten öffentlichen Dienst nicht aus den Augen verlieren, sonst handele man unsolid. Bei der Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage könne man vom Land nicht erwarten, einer Absicht der Bundesregierung zuzustimmen, die doch nicht einmal vorliege. Was mit der Ruhegehaltsfähigkeit angerührt werde, das koste für die Polizei 40 Millionen, führe aber dazu, „daß wir 100 Millionen Mark und mehr an Besoldung zahlen“.

umgesprochen habe, „daß der Bedienungskomfort bei Kohleanlagen inzwischen keinen Vergleich mit anderen Anlagen zu scheuen braucht“. Bei der tarifvertraglich geregelten Deputatkohle müsse man zu Lösungen finden, die Zahlungen nur noch dann vorsehen, wenn der Wegfall der Verwendungsmöglichkeit für die Kohle unfreiwillig, das heißt unabhängig vom Willen der Bezugsberechtigten, eingetreten sei. Er warne vor einer unkritischen Verwendung fossiler Brennstoffe, das sei nur zu rechtfertigen, wenn die Möglichkeiten des Umweltschutzes konsequent genutzt werden müssen.

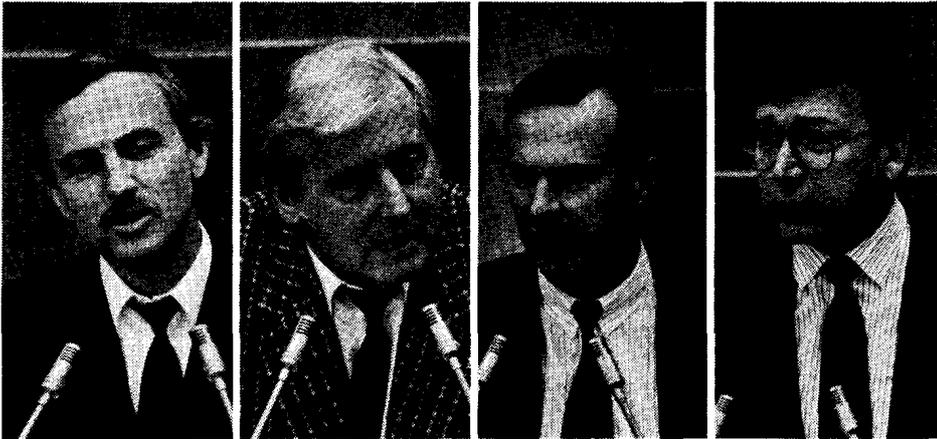
**Günter Knefelkamp** (CDU) nahm die Kommunen in dieser Frage in die Pflicht: Besonders die Städte des Ruhrgebiets müßten den Kohleeinsatz fördern. Es gehe nicht an, daß eine sanierte Bergarbeitersiedlung von der Ofenheizung auf die Energiequelle Gas umgestellt werde, nur weil man vom im Augenblick günstigen Gaspreis beeindruckt sei. Auf einen Zehnjahreszeitraum gerechnet sei die Kohle durchaus konkurrenzfähig, betonte er.

## Für Kohleeinsatz auf dem Wärmemarkt

Einstimmig hat der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 10/3145) der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen (Drs. 10/4647) zugestimmt. In dieser Empfehlung setzt sich der Ausschuß für einen stärkeren Einsatz der heimischen Kohle auf dem Wärmemarkt ein.

**Erwin Pfänder** (SPD) wies auf die beabsichtigte Signalwirkung des Antrags hin: Es gehe darum, „die drei vom rapiden Einbruch des Einsatzes von Kohle im Wärmemarkt besonders betroffenen Zechenanlagen Sophia-Jacoba, Niederberg und Ibbenbüren in ihrem Bestand zu unterstützen“. Es gehe der SPD bei ihrem Antrag nicht darum, das Energiesparen überflüssig zu machen, „denn Energiesparen ist und bleibt trotz Kohlevorrang das wichtigste Ziel“. Unter Hinweis auf den hohen Marktanteil der Kohle

# Doping berührt die ethischen Grundlagen des Sports



In der Verurteilung der Einnahme leistungssteigernder Mittel einig (v. l. n. r.): Dr. Hans Kraft (SPD), Leonhard Kuckart (CDU), Michael Ruppert (F.D.P.) und Bodo Champignon (SPD).  
Fotos: Schüler

„Zahlreiche Spitzensportler lassen sich verleiten, den stetig steigenden Belastungen im Hochleistungssport durch Anwendung von Dopingsubstanzen vor und während eines Wettkampfes oder im Training ungeachtet der damit verbundenen Gesundheitsgefährdungen zu begegnen (...) Gefordert sind nicht nur die ärztliche Berufsgerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaft, sondern auch die Parlamente. Denn die Entwicklung bedroht das tradierte Ethos des Sports und gefährdet die Leistungssportler und zunehmend auch die Benutzer von Fitness-Studios im hohen Maße.“ — Das sind einige Kernsätze aus dem Vorwort der SPD-Fraktion zu ihrer Großen Anfrage „Doping im Sport“, über die der Landtag nach Beantwortung durch die Landesregierung (Drs. 10/4413) am 17. November debattierte.

Dr. Hans Kraft (SPD) nannte als einen der Gründe für Doping die hohen Qualifikationsanforderungen, die heute an die Sportler gestellt werden. Nur wer heute Sieger werde, „kann auf Ruhm, auf Ehre, auf gesellschaftliche Anerkennung hoffen“. Und diese Werte seien heute „quantifizierbar“ geworden; wie man an Transferlisten sehen könne, würden ethische Werte dem zentralen Wert des Geldes untergeordnet. Die Folge: Sport und Leistung werden „einem Leistungsfetichismus unterstellt, und der von uns geforderte humane Leistungssport degeneriert zu einem inhumanen Leistungssport“. Unter den Gesetzen der Marktwirtschaft werde der Mensch im Sport auf den Stellenwert einer Sache herabgewürdigt. Er, Kraft, sei von den Verbänden des Sports enttäuscht, weil er den Eindruck habe, daß zwar an verbalen Bekundungen gegen das Doping kein Mangel sei, es fehle aber die ganz klare Ächtung des Doping. Der Abgeordnete: „Nach all den Worten, die gewechselt und gesprochen worden sind, müssen nun knallharte Taten folgen.“ So müssten unabhängige Kommissionen eingesetzt werden, die den Sportler während des Wettkampfes überprüfen — „und zwar unangemeldet“. Ferner sei der Unsinn zu hoch angesetzter Qualifikationsnormen zu überdenken, „die ein normal trainierender Mensch fast gar nicht erreichen kann“. Die Kosten für die verlangten unabhängigen Kommissionen bezifferte er auf rund eine

Million Mark; wer von den Aktiven beim Doping erwischt werde, müsse mit „knallharten Sanktionen“ rechnen. Ferner sei der Graue Markt der illegalen Substanzen mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Leonhard Kuckart (CDU) hielt der SPD entgegen, sie habe offenbar eine Vorliebe für Themen entwickelt, „die den Sport negativ darstellen“. Hier würden in der Öffentlichkeit die ethischen Werte des Sports insgesamt angezweifelt und die persönliche Integrität der Leistungssportler generell in Frage gestellt. Sicher, es gebe Probleme, aber das seien Randerscheinungen, fand er, und es seien vor allem keine sportspezifischen Probleme, vielmehr allgemein-gesellschaftliche. Nichtsdestoweniger würden sie von der SPD groß hochgezogen, das mache ihn nachdenklich. Im übrigen finde die Diskussion im falschen Saale statt, sie gehöre in den Bundestag. Der Bund nämlich stelle für Dopingkontrollen Geld zur Verfügung, Nordrhein-Westfalen nicht. Es gebe keinen Zweifel: Doping sei nicht zu rechtfertigen, fuhr Kuckart fort, „Doping verstößt gegen alle sportlichen Prinzipien des Fairplay, und Doping gefährdet in hohem Maße die Gesundheit der Athleten“. Aber es gebe dagegen keine Patentrezepte. Die Senkung der Qualifikationsnormen sei sicher beherzigenswert, aber illusorisch. Wenn man Doping erfolgreich bekämpfen wolle, dann müsse man die Ärztekammern stärker in die Pflicht nehmen, die biochemischen Kontrollen weiter verbessern, für den Start ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen verlangen und vor allem beim Dopingnachweis „drakonische Strafen“, bis hin zu lebenslanger Sperre, verhängen. Trainingskontrollen seien keine geeignete Möglichkeit, vielmehr sollte man zum „Siegertest“ übergehen. Ergänzt werden müßte das Maßnahmenbündel durch verstärkte Aufklärung.

Michael Ruppert (F.D.P.) sagte: „Wir sind uns einig — Doping ist abzulehnen, aus medizinischen und aus moralischen Gründen.“ Doping sei nicht nur ein Problem des Sports und dort nicht nur eines des Hochleistungssports; gerade im Freizeitsport werde inzwischen eine „Vielzahl von Getränken und Tinkturen“ angeboten. Er glaube auch nicht daran, daß man es nur „mit einer kleinen Zahl krimineller Ausreißer“ zu tun habe, vielmehr sei schon an die „Spitze des berühmten Eisbergs“ zu denken, zumal ganze nationale Systeme in der Vergangen-

heit sehr großzügig mit dem Gedanken des Doping umgegangen seien. Die Forschung über die Wirkungen des Dopings seien zu intensivieren, forderte er und ergänzte dies mit dem Hinweis, daß auch die Aufklärung der Sportler zu verstärken sei; dabei wäre es allerdings zu spät, beim Spitzensportler anzufangen, „das muß ganz früh in die Sportausbildung in den Vereinen, auch bei den Jugendlichen, eingehen“. Ferner zweifelte er daran, daß die staatlichen Instrumente zur Kontrolle des Arzneimittelverkehrs wirklich ausreichten, wenn man bedenke, daß sie weitgehend bei den Kreisen und kreisfreien Städten liegen. Die Sportler müsse man bei allen Kontrollen immer wieder vor die Frage stellen: „Was ist Dir wichtiger, der Sieg oder die Moral, der Erfolg oder die Fairneß?“

Bodo Champignon (SPD) nannte den Vorwurf, die SPD sei sportfeindlich, an der „Grenze zur Unverschämtheit“ liegend. Die Tradition belege bei den Sozialdemokraten mehr als bei anderen die Sportfreundlichkeit. Verwerflich sei der weitere Vorwurf, daß man nur Negativthemen diskutiere. „Wenn wir verantwortliche Sportpolitik betreiben wollen, müssen wir einfach die ethischen und moralischen Aspekte des Sports im Auge behalten.“ Da könne man nicht hingehen und bagatellisieren. Es sei die Sorge um die jungen sporttreibenden Menschen und um ihre gesundheitliche Zukunft, die das Thema diskussionswürdig mache. Champignon verlangte von den ärztlichen Verbänden klare Richtlinien gegen das Doping und sprach sich ferner für klare juristische Verhältnisse aus. Ein „internationaler Dopingring unter Beteiligung von Spitzensportlern“ habe einen regelrechten Anabolika-Schwarzmarkt geschaffen; Hauptumschlagplätze seien Fitneßstudios und Bodybuildingeinrichtungen. Auch Champignon plädierte für unabhängige Kommissionen, die auch außerhalb von Wettkämpfen unverhofft Kontrollen durchführen sollten. Er schloß mit den Worten: „Wir wollen weiterhin reizvolle Wettkämpfe sehen, aber die Chemie und die Pharmazie müssen draußen bleiben.“

Kultusminister Hans Schwier (SPD) forderte für die Landesregierung alle Sportorganisationen auf, „die Dopingkontrollen außerhalb von Wettkämpfen auf ihre Sportarten auszuweiten und die Beschlüsse des NOK und des DSB umzusetzen und auf eine — moralische — Selbstverpflichtung der Sportlerinnen und Sportler zur Einhaltung der Anti-Dopingbestimmungen hinzuwirken“. Sportverbänden, die die Notwendigkeit von wirksamen Maßnahmen gegen das Doping nicht einsehen wollten, müsse die öffentliche Förderung entzogen werden, verlangte der Minister und forderte zudem mehr Aufklärung aller Beteiligten sowie eine Stärkung des Verantwortungsbewußtseins überhaupt. Rechtlich sei die Weitergabe von Dopingmitteln unter Sportlern und Betreuern noch nicht erfaßt, da müsse ebenso noch etwas getan werden wie bei der Überwachung der Einfuhr. Dabei müsse man allerdings sehen, daß der Gemeinsame Markt verstärkte Einfuhrkontrollen in Zukunft eher behindern werde. Generell sei die Landesregierung bereit, den Sportverbänden, ohne in ihre Autonomie einzugreifen, beim Kampf gegen Doping zur Seite zu stehen.

## Keine Einigung im Wirtschaftsausschuß

### SPD-Änderungsanträge zum Haushalt 1990: Frauen – Fremdenverkehr – Arbeitsplätze

Mit dem Einzelplan 08 (Wirtschaft, Mittelstand, Technologie) des Haushaltsentwurfs 1990, dem Bericht der Kommission Montanregionen, der Verwendung der rückzahlbaren Stahlhilfen, der Errichtung einer Ingenieurkammer und mit F.D.P.-Anträgen befaßte sich der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in den Sitzungen am 8. und 29. November unter Leitung des Vorsitzenden Gerd Müller (SPD). Drei von der SPD beantragte Änderungen des Haushaltsentwurfs wurden mit Mehrheit angenommen. Über die von der CDU beantragte Verwendung der rückzahlbaren Strukturbeihilfen für die Stahlindustrie für die Erneuerung in Montanregionen kam keine Einigung zustande.

Zur Verwendung der aufgrund der guten Absätze der Stahlindustrie zurückzuzahlenden Zuschüsse hatten Ausschußmitglieder zusammen mit Haushaltsexperten eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, in der Einigkeit darüber bestand, daß die Rückflüsse zur Umstrukturierung der Wirtschaft in Montanregionen zu verwenden seien. Kontrovers blieb das Verlangen der SPD, nicht nur den geringen Landesanteil (ein Drittel), sondern auch den wesentlich höheren Bundesanteil hierfür zu binden. CDU-Abgeordneter Hans-Karl von Unger erläuterte, seine Fraktion halte es aus taktischen Erwägungen für falsch, eine Bundesleistung zur Voraussetzung für Landesförderungsmaßnahmen zu machen. SPD-Abgeordneter Joachim Westermann

bezeichnete es dagegen als inkonsequent, für notwendigen Strukturwandel nur den relativ kleinen Landesanteil vorzusehen und auf die zwei Drittel des Bundes zu verzichten. F.D.P.-Sprecher Hagen Tschöeltsch verwies auf das Anliegen seiner Fraktion, bei der Strukturförderung alle Regionen des Landes chancengleich zu behandeln. Die Höhe der ab 1990 zu erwartenden Rückflüsse hatte der Finanzminister dem Ausschuß gegenüber auf rund 1,2 Milliarden Mark beziffert, wovon bis Ende Oktober 91,5 Millionen Mark zurückgeflossen seien. Mit einiger Sicherheit könnten weitere Rückzahlungen in Höhe von etwa 30 Millionen angenommen werden, ein weiterer ebenso hoher Betrag erscheine möglich. Das gesamte Stahlhilfeprogramm hatte einen Umfang von

drei Milliarden Mark. Die Verwendung der Rückflüsse, die nach Mitteilung der CDU-Abgeordneten Christa Thoben auch in Ausschußberatungen des Bundestages behandelt wurde, kommt in den Haushaltsberatungen im Plenum erneut auf die Tagesordnung.

Sachgerechte Antworten auf Probleme der Förderung von Struktur-, Mittelstands- und Energiemaßnahmen bescheinigte SPD-Sprecher Westermann dem Haushaltsentwurf zum Einzelplan 08 und bezeichnete die drei Änderungsvorschläge seiner Fraktion als geringfügige Akzentverschiebungen. Mit 80000 Mark mehr möchte die SPD-Fraktion Veranstaltungen wie den Fachkongreß „Frauenförderung im Sparkassenbereich“, der bundesweit große Resonanz gefunden habe, auch in anderen Branchen durchführen. 800000 Mark mehr soll es zur Förderung von örtlichen und regionalen wirtschaftspolitischen Initiativen geben; hierbei enthielten sich die Oppositionsfraktionen der Stimme ebenso wie bei den anderen SPD-Anträgen. Mit 100000 Mark mehr als im Ansatz (drei Milliarden) sollen Modellvorhaben des „Sanften Tourismus“ in NRW in die Praxis umgesetzt und erprobt werden. Für alle Änderungen wurden die erforderlichen Deckungsvorschläge vorgelegt. Die Fraktionen der CDU und F.D.P. verzichteten auf Änderungsvorschläge, da, wie ihre Sprecher Frau Thoben und Tschöeltsch erklärten, ohnehin mit Ablehnung zu rechnen sei.

Nach einem Bericht des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr über die Entwurfsarbeiten zur Bildung einer Kammer für die im Bauwesen tätigen Ingenieure in der Sitzung am 29. November soll es erst in der nächsten Wahlperiode zu einer Gesetzesvorlage kommen. Eine Erweiterung der Architektenkammer NRW zu einer Architekten- und Ingenieurkammer NRW ist angestrebt.

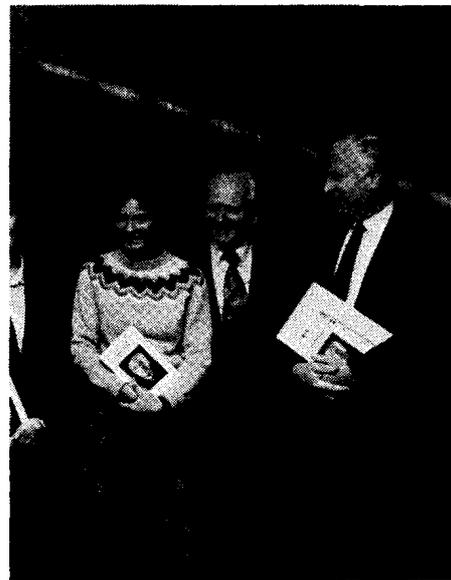
Kontrovers verlief im Ausschuß am 8. November die Aussprache über die Empfehlungen der Mikat-Kommission zur Umstrukturierung der Wirtschaft in den Montanregionen und den Bericht der Landesregierung dazu (Vorlage 10/2446). Während die Sprecher der SPD die Empfehlungen als gute Grundlage für parlamentarische Initiativen ansahen, sah CDU-Sprecherin Frau Thoben in der Regierungsvorlage „eine politisch motivierte Umdeutung“ konkreter Vorschläge zur beruflichen Qualifizierung in den Unternehmen.

Zum F.D.P.-Antrag und -Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren erwartet der Wirtschaftsausschuß in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht des Umweltministeriums. Der dritte Nachtrag zum Haushalt 1990 (THTR-Stillegung) wurde in einer Kurzsitzung am 16. November behandelt, bevor er vom Plenum verabschiedet wurde.

## Frauenpolitik:

### Was leisten die Hausfrauen?

Ein Forschungsvorhaben zur Ermittlung der Qualifikation und Leistung von Hausfrauen kam im Ausschuß für Frauenpolitik bei der Aussprache über Frauenförderungsmaßnahmen einzelner Ressorts der Landesregierung am 20. November zur Sprache. Die Sprecherin des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Schneidereit, informierte die Abgeordneten über eine dazu eingeleitete Untersuchung, über weitere Forschungen zu Familien und Frauenthemmen und sonstige Initiativen zur Frauenförderung innerhalb des Ressorts.



Als Band 25 der „Düsseldorfer Schriften zur Neuen Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens“ ist am vergangenen Mittwoch in Düsseldorf die Monographie „Erik Nölting, Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892–1953)“ von Claudia Nölting vorgestellt worden. Die Autorin (M.) mit ihrer Mutter und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD, r.) nahmen an der Präsentation teil. Das Buch ist im Essener Klartext-Verlag erschienen und mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums gedruckt worden. Erik Nölting war nach 1945 erster Wirtschaftsminister des Landes NRW und maßgeblich an der Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung beteiligt. Er hatte sich bereits vor 1933 profiliert. Während der Weimarer Zeit war er als Wirtschaftstheoretiker sowie Kultus- und Bildungspolitiker im preußischen Landtag aufgetreten. Nach dem Kriege formte er die SPD mit zu einer bürgerlich-demokratischen Massenpartei. Foto: Schüler

Zum Thema „Frauenspezifische Belange im Fortbildungsprogramm“ stellte die Sprecherin des Innenministeriums, Block, ein eigenes Frauenfortbildungsprogramm 1990 vor, das die Gleichstellungsbeauftragte des Ressorts zusammengestellt hat. Es enthält Angebote zu Seminaren wie „Einführung in die Informationstechnik“, „Kommunikation im Vorzimmer“, Mitarbeiterführung, Gesprächs- und Verhandlungstechniken. Über die Weiterbildung von Frauen im Schreibdienst berichtete Leitende Ministerialrätin Dr. Berve (Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann) aus der dazu eingerichteten ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die sich vor allem mit der Funktion von Mischarbeitsplätzen befassen will (ausführlicher Bericht in der nächsten Ausgabe).

## Dorferneuerung

In der Berichterstattung über die Förderung der Dorferneuerung in „Landtag intern“ Nr. 17 und die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz wird eine Aussage von Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) wiedergegeben, wonach das Land NRW die Dorferneuerung seit 1986 mit 12,5 Millionen Mark gefördert habe. Tatsächlich aber war diese Summe allein für das Jahr 1986 bereitgestellt worden.

## Hauptausschuß beschloß öffentliches Hearing zu Rundfunkänderungsgesetzen

# Kein Einvernehmen über Umfang der DDR-Übertragungen

Über den Umfang einer möglichen Übertragung von DDR-Fernsehen in Nordrhein-Westfalen konnte zwischen der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei und der CDU-Opposition bei einer Sitzung des Hauptausschusses des Landtages unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) kein Einvernehmen erzielt werden. Während der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, sich der Position des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) angeschlossen, die Übernahme aus der DDR auf aktuelle politische Sendungen wie die Aktuelle Kamera des Ostfernsehens zu beschränken, wehrte sich der medienpolitische Sprecher der CDU, Dr. Ottmar Pohl, dagegen, es bei dieser „Minimallösung“ zu belassen. Pohl unterstrich, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um Fragen der Finanzierung sowie der Rechtsabgleichung zu klären. Eine Unterbrechung erfuhr die Sitzung gegen 10 Uhr. Der Vorsitzende hatte die Meldung über die Ermordung von Alfred Herrhausen verlesen. Sprachlos und tief erschüttert verließen die Abgeordneten den Raum.



Der Hauptausschuß bei seiner letzten Sitzung: die Abgeordneten der SPD-Fraktion (l.), der Vorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann (M; 2. v. r.) und Regierungsvertreter sowie die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und F.D.P. (r.).  
Fotos: Schüler

Ausschussvorsitzender Farthmann stellte bei dem Versuch, einen Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Positionen zu ermöglichen, fest, seinem Anliegen sei Rechnung getragen, wenn besondere politische und aktuelle Sendungen übernommen würden. Zuvor hatte Staatssekretär Wolfgang Clement berichtet, Gespräche des Ministerpräsidenten in der DDR hätten gezeigt, daß die dortige Führung das Projekt einer Übertragung von DDR-Sendungen in der Bundesrepublik unterstützen würde.

### Anhörung beschlossen

Auf die grundlegenden Schwierigkeiten wies der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Büssow, noch einmal hin. Die Bundespost habe mitgeteilt, es gebe zur Zeit keine hinreichenden Satelliten-Kapazitäten. Wenn, dann müßten die ausgerichteten Bodenempfangsstellen verdoppelt werden. Dabei würde ein „Batzen Kosten“ entstehen. Wer sei nun der Kostenträger? Am besten die Post. Diese aber werde versuchen, die Kosten abzuwälzen. Ungeklärt sei auch die rechtliche Frage. In wie weit die DDR etwa bei der Sendung von Filmen aus dem Filmpaket, die sie bisher nur terrestrisch auf ihrem eigenen Gebiet habe ausstrahlen können, partizipiere. Der WDR könne nicht daran interessiert sein, daß solche Filme, manchmal noch vor ihrer Sendung in der Bundesrepublik, über Kabel hier zu empfangen seien. Büssow fuhr fort, der WDR habe dagegen Interesse daran, die Aktuelle Kamera zu übernehmen. Aber er wies auch dabei auf die komplizierte Lage. Denn diese aktuelle Sendung werde zur Zeit bei 3sat (ZDF) abgestrahlt.

Daß es sich dabei um ein komplexes Unterfangen handelt, räumte auch CDU-Obmann Pohl ein. Die Kosten für die technische Überführung bezifferte er auf zwölf Millionen

Mark. Man wisse auch, daß die DDR kein Geld habe. Er fragte nach den Verhandlungen, die Bund und Länder deswegen möglicherweise führten. Wolfgang Clement unterstrich ebenfalls die Konkurrenzposition, in die der WDR käme, wenn ein volles DDR-Programm in NRW gesendet würde. Das seien unterschiedliche Interessenlagen. Der Hauptausschuß erklärte dann einen Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Umsetzung der Empfehlungen der Mikat-Kommission für erledigt. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde äußerte die Bitte, den Mikat-Bericht schnell im Plenum zu diskutieren. Bei der Aussprache über wichtige EG-Angelegenheiten wies Clement darauf hin, daß die EG-Kommission bis zur Vollendung des Binnenmarktes 279 Maßnahmen „in hohem Tempo“ durchsetze. Mehr als die Hälfte der Vorhaben seien bereits auf den Weg gebracht. Andererseits gebe es Umsetzungsdefizite im nationalen Bereich.

Der CDU-Abgeordnete Heinrich Meuffels bezeichnete es als Kernproblem, daß die EG-Verordnungen in den einzelnen Staaten auch vor Ort durchgeführt und eingehalten würden. Sonst entstünden Wettbewerbsverzerrungen. Clement antwortete, es sei richtig, daß ein starkes Bedürfnis zu einheitlicher Durchsetzung bestehe. Die Kommission verstärke zur Zeit ihre Überwachung. Als Land könne man nur an die Bundesregierung appellieren, das hohe Niveau, das man hier habe, nicht gefährden zu lassen. Mit dem CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose war er sich einig, es müsse ständig darauf hingewiesen werden, daß es keine parlamentarische Kontrolle gebe.

Der Hauptausschuß beschloß auf Vorschlag der CDU weiterhin, zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung über ein 2. Rundfunkänderungsgesetz, der CDU-Fraktion über ein Zweites Gesetz zur Änderung des Rundfunkgesetzes und der F.D.P.-Fraktion zur Durchsetzung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Landesanstalt für Rundfunk am 22. Januar 1990

eine öffentliche Anhörung mit acht Sachverständigen durchzuführen. Dabei soll u. a. die Frage kommerzieller Werbung politischer Parteien in privaten Sendern sowie die Vergleichbarkeit von Bezügen der Beschäftigten bei der Landesanstalt für Rundfunk angesprochen werden.

Beim Tagesordnungspunkt „Direktzugriff des Parlaments auf Datenbestände von Regierung und Verwaltung“ erging die Aufforderung an die Landtagsverwaltung, bis Ende Februar 1990 in Kooperation mit der Landesregierung einen Bericht zu erstellen, welche Daten vorhanden sind, wo es Grenzen beim Zugriff wegen der Gewaltenteilung oder aus datenrechtlichen Gründen gibt, und wie die Praxis beim Bund und den anderen Bundesländern aussieht.

Zum Schluß gab der Hauptausschuß einstimmig grünes Licht für das Verfassungsgerichtshofgesetz im Entwurf der Landesregierung mit Änderungen der SPD-Fraktion.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zu einer Landtagsandacht ein. Sie findet am Donnerstag, 7. Dezember, um 9 Uhr im Raum E3Z04 des Landtags statt.

## Mehr Wat- und Weidevögel

Eine positive Bilanz des Feuchtwiesen-Schutzprogramms in Nordrhein-Westfalen hat Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) gezogen. Innerhalb von fünf Jahren sei die Brutrate der Watvögel wie Kiebitz, Uferschnepfe oder Rotschenkel wieder gestiegen. Immer mehr durchziehende Weidevögel und Schwimmenten nutzten die Feuchtwiesen. Schneller als erwartet hätten sich auch die Lebensbedingungen für Pflanzen, Amphibien oder Libellen verbessert.

## Anhörung zur Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten

### Beim Schularzt ist es viel zu spät

*Bedrückende Einzelschicksale kamen bei der von Vorsitzendem Karlheinz Bräuer (SPD) geleiteten öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten am 29. November zur Sprache. Trotz hervorragender medizinischer und technischer Fortschritte in Diagnose und Behandlung von Hörschäden und eingehender sozialpsychologischer Erkenntnisse zur Sozialisation hörgeschädigter Kinder gelinge es nur fallweise zu helfen, wurde von den Experten berichtet.*



Ärzte, Psychologen, Eltern und Sprecher von Gehörlosenvereinen traten bei der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Früherkennung von Gehörschäden für die Koordinierung des fachlichen Hilfsangebots ein.  
Foto: Schüler

Der Anhörung lag ein CDU-Antrag vom Juni 1989 zugrunde, der dem Ausschuß im August vom Plenum überwiesen worden war. In der Aussprache hatten die Sprecher der Fraktionen in differenzierten Stellungnahmen Mängel bei der wirksamen Hilfe für mit Hörschäden geborene Kinder in NRW eingeräumt. Als mitursächlich wurde auch fehlendes Engagement von Eltern bezeichnet, die aus Unkenntnis oder Bequemlichkeit die frühzeitige Fachberatung versäumten. Minister Hermann Heinemann hatte das „gebündelte Miteinander aller Beteiligten“ befürwortet.

Bei der Anhörung ging es einerseits um die interdisziplinäre patientennahe Behandlung und Beratung in möglichst frühem Stadium, andererseits um die Anpassung der Gesundheits- und Schulgesetzgebung an den Stand der Phoniatrie und Pädaudiologie sowie um die Fortbildung von Allgemein-, Kinder- und Schularzten auf diesem HNO-Spezialgebiet.

Regionale Frühförderzentren mit ausreichendem technischen, medizinischen und therapeutischen Beratungsangebot hielt der Individualpsychologe Wolfgang Wenzler (Köln) für nötig, damit vorhandene Angebote wirkungsvoller genutzt würden. Hörschäden seien keine Krankheit, führten jedoch bei ausbleibender Hilfe zu Beziehungsstörungen bis zum totalen Abbruch der Kommunikation. Durch vorbeugende Therapie solle das Ausgrenzen der Hörgeschädigten verhindert werden.

Der Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Emil Kammerer (Münster) hielt die gezielte Frühförderung ab dem zweiten Lebensjahr bereits für zu spät. Die Spontaneität bei der

Verarbeitung sinnlicher Reize dürfe nicht verlorengehen. Frühzeitige Versorgung mit Hörgeräten müsse durch Hör- und Sprech-erziehung ergänzt werden, wobei Überforderung der Familien zu vermeiden sei.

An sehr belastenden Untersuchungen und wenig sensiblen Behandlungen im „laborähnlichen Betrieb“ von Hals-Nasen-Ohren-Praxen habe sich nichts geändert, berichtete als betroffener Vater und Sprecher des Gehörlosenvereins Dortmund Ulrich Pufhan. Anstelle sozialpädagogischer Betreuung würden Familien verunsichert durch mangelhafte Information. Allgemein- und Fachärzte verfügten selten über Kenntnisse der Zusammenhänge zwischen Hörbehinderung und sozialen Störungen.

Möglichst frühzeitige Hörschwellenbestimmung und optimales Hörgerät ohne stationäre Aufenthalte empfahl der Oberarzt Dr. Helmut Kuke aus Minden, der im Verein Gehörlosenhilfe Ostwestfalen mit Betroffenen und Betreuern zusammenarbeitet. Die Eigendynamik der Eltern sei entscheidend trotz Zunahme von Erkenntnissen über Risikogruppen. Anders als in pädaudiatischen Klinik-Zentren müsse im ortsnahen Team die Entwicklung und Schullaufbahn von hörgeschädigten Kindern betreut werden.

Unangepaßte Entscheidungszwänge durch das Schulpflichtgesetz kritisierte der Leiter einer Schwerhörigenschule in Münster Wolfgang Bartholomäy. Sie wirkten sich störend auf altersadäquate, abgestufte Förder- und Bildungsmaßnahmen von Spiel-, Sprech- und Hörerziehung bis zum Erlernen aktiver Umweltbeziehungen aus. Die Verunsicherung der Eltern sei ein Krebsübel der Zentren, sie schade dem Aufbau stabiler Sozial-

beziehungen, die wiederum Grundlage des Lernens seien.

Frühfördermaßnahmen seien nicht immer deckungsgleich mit schulorganisatorischen Einrichtungen, sagte auch der Kölner Leiter einer Gehörlosenschule Dr. Horst Heidler. Es fehlten geeignete Ärzte und Psychologen. Regelmäßige Fortbildung aller Allgemeinmediziner müsse vom Kultusministerium organisiert werden. An der Kölner Schule werde zur Zeit ein Förderzentrum ausgestaltet. In Familien mit nicht engagierten Eltern, das sei zentrales Problem, komme man mit den jetzigen Instrumentarien nicht hinein.

„Hörrestige können dem Unterricht folgen“, sagte der Aachener Gehörlosen-Pädagoge Dr. Neumann und ergänzte, sieben von elf könnten in Regelschulen übergeleitet werden. Es gehe nicht um das Perfektionieren von Diagnosen, sondern um sozialpädagogische Begleitung. Sonderschullehrer dürften nicht fachfremd eingewiesen werden.

Mit einer Denkschrift wartete der Leiter der Abteilung Phoniatrie und Pädaudiologie einer Bochumer Klinik Dr. Radü auf, der auch in der Fortbildung tätig ist. Die Denkschrift sei notwendig, weil die Kosten für die Untersuchung und Behandlung von Sprech- und Hörstörungen in den Gebührenordnungen nicht ausreichend berücksichtigt würden, was wiederum die Niederlassung von Fachärzten behindere. In der Denkschrift wird die fachmedizinische Unterversorgung im europäischen Vergleich mit Zahlen belegt und von einem Projekt der Frühversorgung berichtet. Sie enthält ferner Planungsentwürfe für Spezialpraxen und Förderzentren. Die Koordination aller Hilfsangebote für Hör- und Sprachbehinderte in NRW durch einen Landesarzt wurde von Dr. Radü befürwortet. Der hessische Landesarzt für Hör- und Sprachbehinderte Dr. Eberhard Kruse (Marburg) berichtete anschließend von seiner segensreichen koordinierenden Tätigkeit. Er sei dauernder Ansprechpartner aller beteiligten Disziplinen und aller Betroffenen und als neutrale Fachinstanz zur Abstimmung der Interessen verpflichtet. Es gebe breite Zustimmung für diese Tätigkeit. Dem Land NRW sei der Mut zu Institution Landesarzt zu wünschen.

Fachwissen, Zeit, Kompetenz und menschliche Qualifikation nannte Medizinaldirektorin Dr. Annegret Dude vom Gesundheitsamt Essen als Voraussetzung für einen Landesarzt. Sie warnte vor mehr apparativer Diagnostik in Praxen von Kinderärzten anstelle von Fortbildungswissen zur Früherkennung. In ihrer schriftlichen Stellungnahme legte sie Erfahrungen aus langjähriger Tätigkeit, auch als Kinder- und Schularztin, dar. Erschreckende Zahlen verspäteter Erkennung habe eine Verbandsstudie erbracht. Ebenfalls auf diese Zahlen bezog sich Hannelore Hartmann als Vorsitzende und für den Bund der Taubstummenlehrer und vermißte Konsequenzen. Insbesondere müsse gezielt bei Neugeborenen mit Risikofaktoren angesetzt werden. Die personelle und apparative Ausstattung von Fachzentren werde sich wegen der Gesundheitsreform weiter verschlechtern, befürchtete sie.

„Der Spezialist muß zum Kind kommen, nicht umgekehrt“, verlangte die Ärztin für Phoniatrie und Pädaudiologie Dr. Agnes Hildmann (Datteln) aufgrund langjähriger

Fortsetzung Seite 17

## Schulausschuß beschließt über Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf '90

### Mittel für Unterrichtsempfehlung in Sachen Rechtsextremismus vorgesehen

Mit der Beschlußfassung über die Anträge der Fraktionen zum Entwurf des Haushalts 1990 beendete der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Hans Frey (SPD) seine diesjährigen Haushaltsberatungen.

Die CDU-Fraktion erhob als wesentlichste Forderung, 3000 Lehrer und Lehrerinnen neu einzustellen. Sie begründete damit, daß wöchentlich 300000 Unterrichtsstunden ausfielen, im Ländervergleich über 12000 Lehrer in NRW zusätzlich eingestellt werden müßten. Zudem seien seit 1980 etwa 15000 Lehrerstellen abgebaut worden; die Geburtenzahlen stiegen wieder, immer mehr Aus- und Übersiedler zögen zu und die Zahl der Pensionierungen betrage 1990 etwa 3000 Stellen. Ein Einstellungskondingent von 3000 würde zumindest zusätzlichen Unterrichtsausfall vermeiden. Die von der Landesregierung und SPD-Fraktion vorgesehenen Einstellungen bezeichnete die CDU-Fraktion als unzureichend, weil sie noch nicht einmal alle freiwerdenden Stellen ausnutzen.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion unter Hinweis auf die eigenen Einstellungsbeschlüsse im Umfang von 2680 Stellen und die Streichung von 5313 Haushaltsvermerken „künftig wegfallend“ abgelehnt.

Darüber hinaus beantragte die CDU-Fraktion die Auflösung der Laborschule Bielefeld und forderte die einzusparenden vier Millionen Mark für die medizinisch-therapeutische Betreuung an Schulen für Körperper-

hinderte zu verwenden. Auch dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die F.D.P.-Fraktion stellte keine Anträge, weil sie die Struktur des von der Landesregierung vorgelegten Haushalts insgesamt ablehne.

Die SPD-Fraktion beantragte, im Haushaltsgesetz eine Regelung vorzusehen, wonach auch an Realschulen und Gymnasien für ausländische Schüler und Spätaussiedler ein Zuschlag von einem Lehrer je 60 Schüler ausgewiesen wird. Dieser Antrag fand die Zustimmung aller Fraktionen.

Darüber hinaus beantragte die SPD für Hilfskräfte, die ausschließlich Religion unterrichten, 60 Stellen vorzusehen, damit diese Lehrerinnen und Lehrer, die zur Zeit nur teilszeitbeschäftigt sind, in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis überführt werden können. Die CDU-Fraktion lehnte diesen Antrag ab, weil die 60 Stellen nicht ausreichen, um alle teilszeitbeschäftigten Religionslehrer in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Die SPD wollte dagegen ihren Vorschuß als einen Stufenplan verstanden wissen, der innerhalb von drei Jahren die Lösung bringt.

Einstimmig wurde der Antrag der SPD-Fraktion zum Weiterbildungsbereich angenommen, wonach der Zuschuß für eine Unterrichtsstunde an die Weiterbildungsträger von bisher 35 auf 37,50 Mark angehoben wird und zusätzlich eine Pauschale von drei Mark pro Teilnehmertag gezahlt werden soll. Schließlich setzte die SPD-Fraktion mit Unterstützung der F.D.P.-Fraktion gegen

die Stimmen der CDU-Fraktion eine Erhöhung des Kontingents für Vertretungslehrer durch, die ausschließlich in Fällen des Erziehungsurlaubs eingesetzt werden sollen. Auch hier bemerkte die CDU-Fraktion, daß die nunmehr 750 Stellen für Vertretungsunterricht nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf von 1500 Stellen zu decken. Im Sachhaushalt beantragte die SPD-Fraktion, 150000 Mark zu Entwicklung und Verbreitung praktischer Unterrichtsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Unterricht bereitzustellen. Während die F.D.P.-Fraktion mit der SPD-Fraktion dem Antrag zustimmte, enthielt sich die CDU-Fraktion der Stimme, weil sie zwar dem Anliegen des Antrages zustimme, aber sich eine solche Unterrichtsempfehlung auf alle Formen des Extremismus beziehen müsse.

Einstimmig beschloß der Ausschuß, 250000 Mark mehr für die Reisekostenerstattung der Lehrer, die an Klassenfahrten teilnehmen, vorzusehen.

Für die Durchführung von Schulmodellversuchen im Bereich „Chancengleichheit für Jungen und Mädchen“ beschloß der Ausschuß einstimmig 50000 Mark mehr und für den Bereich „Öffnung von Schule“ 100000 Mark mehr vorzusehen. Hier stimmten die Oppositionsfraktionen jedoch gegen die Erhöhung.

Wieder einstimmig wurde ein Antrag der SPD-Fraktion angenommen, 200000 Mark mehr auszuweisen für die Familienheimfahrten von mehrfach behinderten Kindern, die in Heim-Sonderschulen außerhalb Nordrhein-Westfalens untergebracht sind. Die Zahl der bezuschußten Heimfahrten soll von elf auf 20 erhöht werden.

Schließlich beschloß der Ausschuß, am 10. Januar 1990 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Stärkung der Elternrechte durchzuführen.

## Verbandstag der Parlamentsstenographen im neuen Landtagsgebäude

Fünzig Stenographinnen und Stenographen aus dem Bundestag und acht Landesparlamenten konnte Abteilungsleiter Volker Krieg im Namen des Landtagspräsidenten und des Direktors beim Landtag am 20. November 1989 bei ihrer Tagung im Düsseldorfer Landtagsgebäude willkommen heißen. Nahezu die Hälfte der rund hundert in der Bundesrepublik tätigen Parlamentsstenographen(innen) hielten hier auf Einladung von Präsident Denzer die alle zwei Jahre stattfindende Mitgliederversammlung ihres Berufsverbandes ab, bei der sie traditionsgemäß jeweils im Parlament eines Bundeslandes zu Gast sind. Die mit der Veranstaltung verbundene Fachtagung hatte die Organisation der Stenographischen Dienste zum Gegenstand. Großes Interesse der Teilnehmer galt den architektonischen Reizen des neuen Landtagsgebäudes am Rhein, die sie in einer Führung kennenlernten. Besondere Aufmerksamkeit fanden dabei der Plenarsaal mit seinem eindrucksvollen Gesamtbild und seine technischen und akustischen Gegebenheiten. Der Verbandstag gab auch Gelegenheit zu persönlichem Meinungs- und Erfahrungsaustausch.



Leitender Ministerialrat Volker Krieg (stehend) begrüßte die Gäste. Rechts neben ihm der Verbandsvorsitzende Dr. Karl Gutzler und der stellvertretende Vorsitzende Hermann Knapp. Ganz links im Bild Beisitzer Joachim Knopp.

## Untersuchungsausschuß

### Polizeidirektor: Warten auf „stationäre Lage“

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß III – Geiselnahme Gladbeck – unter der Leitung seines Vorsitzenden Heinz Lanfermann (F.D.P.) hörte am 27. November erneut den Polizeidirektor Lutz Resch aus Recklinghausen als Zeugen. Resch schilderte die dramatischen Ereignisse am 17. August des Vorjahres in Bremen sowie die Maßnahmen der Einsatzleitung in Recklinghausen bei der Flucht der Täter nach Holland und ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik.

Der Zeuge berichtete, kurz nach 19 Uhr sei an jenem Tag der Fall eingetreten, der bereits den ganzen Tag über diskutiert worden sei. Die Lage sei in Bremen „stationär“ geworden. Die Bremer Polizei habe übernommen. Den Vorsitzenden Lanfermann interessierte nun, ob zu dem Zeitpunkt in Bremen ein Schußwaffengebrauch möglich gewesen wäre, ob das mit Bremen abgesprochen gewesen sei. Resch sagte dazu, bevor die Einsatzleitung von Gladbeck an Bremen gegangen sei, sei kein Vorschlag eines Zugriffs von Bremer Seite gekommen. Die Frage, ob es noch andere Gründe als die „stationäre Lage“ für eine Übernahme der Einsatzleitung durch die Bremer Polizei gegeben habe, beantwortete Resch mit Nein. Lanfermann machte dann auf eine unterschiedliche Aussage des Bremer Kriminaldirektors Möller aufmerksam. Resch war dessen Version jedoch völlig neu. Er betonte ausdrücklich, er hätte dem Bremer Kollegen niemals gesagt, falls der eine günstige Lage für einen Zugriff gesehen hätte, er solle das nicht machen.

Lutz Resch erläuterte, wie man Vorsorge getroffen habe, als durchgedrungen sei, daß die Täter von den Niederlanden wieder in die Bundesrepublik zurückkehren wollten. Weil die Täter die Verletzte Löblich bei sich gehabt hätten, sei das Krankenhaus in Gronau mit SEK-Beamten unauffällig besetzt worden. Auch habe man dezentralisiert einen großen Ring mit SEK-Kräften um Münster gelegt. Man habe eine „stationäre Lage“ für einen Zugriff abwarten wollen. Der Plan, einen Zugriff auf der Autobahn zu versuchen, sei nicht weiterverfolgt worden. Dazu sei der BMW der Täter zu schnell gewesen. Außerdem sei die schlechteste Möglichkeit die, aus einem fahrenden Fahrzeug auf ein anderes in Fahrt befindliches Fahrzeug zu schießen. Das Risiko sei für die Geiseln viel zu groß.

Ein weiterer Zeuge, der Leitende Kriminaldirektor Friedhelm Meise, ebenfalls aus Recklinghausen, ließ durch seine Rechtsanwältin mitteilen, er wolle „voll umfänglich“ von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen. Nach einer kurzen Beratung gab der Vorsitzende bekannt, die Vernehmung werde fortgesetzt. Er fragte, welche Gründe dazu geführt hätten, daß gegen 18.20 Uhr am 17. August 1988 der Zeuge von seinem Kollegen Resch in der Einsatzleitung abgelöst worden sei. Rechtsanwältin Dr. Wehnert folgerte, auch das ziele ins Mark des Berei-

### SPD-Fraktionsvorsitzende zeigten sich beeindruckt vom neuen Landtagsgebäude

Beeindruckt von den guten Arbeitsmöglichkeiten im neuen Landtagsgebäude zeigte sich die Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes, der Länder und Bürgerschaften. Die Konferenz, die dreißigmal im Jahr zusammentrifft, tagte am 23. und 24. November in Düsseldorf. Während der zweitägigen Tagung berichtete Oskar Lafontaine über die Beratungen der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe

„Fortschritt 90“. Die SPD-Fraktionschefs begrüßten diesen Entwurf als „Herzstück sozialdemokratischer Reformpolitik“. Die SPD plädierte damit für die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft als der Gesellschaft der Zukunft. Zum Abschluß ihrer Tagung wurden die Konferenzteilnehmer von Landtagspräsident Karl Josef Denzer empfangen.

ches hinein, den zu beantworten der Zeuge nicht bereit sei.

Der SPD-Abgeordnete Egbert Reinhard sagte darauf, es sei schwer verständlich, wenn Meise auf solche Fragen die Aussage verweigere. Der Zeuge erklärte sich dann bereit, zu den Formalitäten zu sprechen. Lutz Resch sei nach 17 Uhr in der Einsatzleitung gewesen. Es sei die vorgeschriebene Ablösung gewesen. Der CDU-Abgeordnete Paus wollte wissen, ob der Zeitpunkt 18.20 Uhr während der Einarbeitungsphase von Resch so festgelegt worden sei. Meise meinte, der Zeitpunkt habe sich aus dem Zeitpunkt des Eintreffens von Resch und seiner Einarbeitungszeit ergeben.

Als von seiten der Ausschußmitglieder gefragt wurde, ob um 18.20 Uhr mit den Bremer Kollegen schon die Frage einer möglichen Übergabe besprochen worden sei, intervenierte die Anwältin erneut. Meise meinte, er wolle sich auf den juristischen Rat seines Zeugenbeistandes stützen. Schließlich wurde der Zeuge mit dem Hinweis entlassen, daß sich der Ausschuß weitere Schritte vorbehalte.

### Sparkassenverband kooperiert in Europa

Nach dem französischen Zentralverband der Sparkassen CENCEP hat der Rheinische Sparkassen- und Giroverband mit der Sparkasse Alicante einen zweiten potenten Kooperationspartner in Europa gefunden. Der Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV), Johannes Fröhling, und der Präsident der Sparkasse Alicante, Francesco Rodríguez Valderrana, unterzeichneten ein Abkommen, von dem vor allem Touristen und mittelständische Firmen auch aus Nordrhein-Westfalen profitieren sollen.

Heinz Rühmann, aus Essen stammender Schauspieler mit internationaler Reputation, ist vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) mit dem Titel Professor ausgezeichnet worden. Rühmann, 1902 an der Ruhr geboren, wurde für sein viele Jahrzehnte umfassendes Wirken als Darsteller geehrt.

### Grafik-Designer prämiieren Landtagsfilm



Mit dem Preis „Grafik Design Deutschland 89“ ist der Landtagsfilm „Fraktionen“, den die Firma Hartmut LePère, Bonn, für den Landtag Nordrhein-Westfalen produziert hat, ausgezeichnet worden. Der Preis wurde erstmalig wieder nach acht Jahren beim Offenen Wettbewerb des Bundes Deutscher Grafik-Designer e.V. vergeben. Das Buch zu dem Film hatte der Pressesprecher des Landtags, Friedhelm Geraedts, geschrieben.

## Thermo-Insel

Bei THYSSEN bauen und wohnen hat sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen über die Entwicklung energie-sparender Heizstrukturen am Beispiel der Thermo-Insel in Langenfeld informiert.

Wie der Sprecher des Vorstandes der Thyssen Wohnstätten AG, Rechtsanwalt Heinz Rehberg, erläuterte, ist es seit Jahren erklärtes Ziel der Wohnungsgesellschaften des Konzerns, zur Beheizung von Wohnungen die Primärenergie höher zu nutzen und dadurch die „zweite Miete“ in Grenzen zu halten. Im Vordergrund stehe die umweltfreundliche Nutzung der Umgebungswärme ohne mechanisch erzeugte Luftbewegungen, Lärm- und Schadstoffbelastigungen für die Bewohner.

Am Beispiel der Thermo-Insel in Langenfeld, die ein Wohngebiet aus den 60er Jahren mit insgesamt 402 Wohnungen mit Wärme versorgt, diskutierte der Ausschuß die Möglichkeiten, die diese Art der Technologie für die Zukunft bietet. Auch wurden Fragen der Kostenbelastung und der Auswirkung auf die Miete angesprochen. Zum Abschluß der Veranstaltung dankte Ausschußvorsitzender Erwin Pfänder (SPD) für die Möglichkeit, sich an Ort und Stelle mit dieser modernen Technologie vertraut zu machen.

## Hörgeschädigte...

Fortsetzung von Seite 14

einschlägiger Erfahrungen. Das aus den Niederlanden bekannte Modell von Wechselgruppen mit Ärzten, Akustikern und Pädagogen hielt sie für wirkungsvoll.

Als Spezialist für Diagnosen trug Professor Bauer vor, an der Universität Münster sei die verlässliche Bestimmung der Hörschwelle an beiden Ohren und getrennt schon in den ersten Lebensmonaten möglich. Professor Herberhold (HNO-Universitätsklinik Bonn) äußerte sich bedrückt über die Defizite therapeutischer Versorgung in NRW. Von unterschiedlichen Zuständigkeiten von Kostenträgern für medizinische und für soziale Rehabilitation und Problemen der Finanzierung koordinierter Behandlungsmethoden berichtete Dieter Deichmann vom AOK-Landesverband.

## Energienutzung...

Fortsetzung von Seite 4

beizumessen sei, dabei müßten die bei der Verbrennung anfallenden Schadstoffe erheblich reduziert werden. Die Bilanz der bisherigen Forschungsaktivitäten im Lande falle ausgesprochen positiv aus: „Das Feld ‚Energieforschung‘ besetzen wir übrigens beim Bundesforschungsminister allein mit 59 mehrjährigen Projekten, die ein Finanzvolumen von 53 Millionen Mark umfassen. Schwerpunkte dieser Projektförderung im Energieforschungsbereich sind die Hochschulstandorte Aachen mit 19 Projekten, Dortmund mit 15, Essen mit 13 Projekten. Aber auch Bochum, Köln, Siegen, Düsseldorf und Duisburg sind mit Projekten vertreten.“ Nach einer Umfrage des Verbandes der Großkraftwerksbetreiber seien über 40 Prozent aller für Energietechnik ausgewiesenen Professuren in NRW angesiedelt. Die Ministerin teilte ferner mit, ihr Haus bereite die Gründung einer Arbeitsgruppe „Solar-energie“ vor.

## „Kultur hinter Mauern“

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes ist in der Sitzung des Rechtsausschusses am 29. November unter Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden Marlis Robels (CDU) einstimmig mit verschiedenen Änderungen beschlossen worden.

Die gegenüber den Regierungsentwurf von der SPD beantragten Änderungen sind, so ihr Sprecher Albert Klütsch, das Ergebnis eines Gesprächs mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs (VGH). Paragraph 1 halte nunmehr fest, daß der VGH ein gegenüber allen übrigen Verfassungsorganen unabhängiger Gerichtshof ist, was dem heutigen Status entspreche. Bezüglich der Wahlmitglieder soll im Gesetz in Anlehnung an die bundesverfassungsgerichtlichen Regelungen festgehalten werden, daß Wahlmitglieder mit Ablauf des Monats, in dem sie das 68. Lebensjahr vollendet haben, auch ihre Mitgliedschaft verlieren. Um der besonderen Bedeutung des VGH gerecht zu werden, sei in Paragraph 8 des Entwurfes nunmehr auch festgehalten, daß Einleitungsbehörde für Disziplinarmaßnahmen die Landesregierung, also ein Kollegialorgan, ist.

Ausdrücklich aufgenommen wurde in das Gesetz auch die Möglichkeit, daß der VGH den Beteiligten im Wege der prozeßleitenden Verfügung Rechtsbedenken vorhalten kann. Damit soll nach den Vorstellungen der antragstellenden Fraktion verhindert werden, daß Antragsteller durch Rechtsüberlegungen überrascht werden. Wengleich auch für den VGH der Grundsatz des 139 ZPO gelte, lege man trotzdem Wert darauf, daß die Möglichkeit des Vorhalts noch einmal ausdrücklich insbesondere für zivilprozeßrechtlich unerfahrene Richter im Gesetz

aufgenommen werden. Auf Antrag der CDU-Fraktion soll Paragraph 29 in seiner jetzigen Form belassen und damit festgelegt werden, daß die Vollstreckung der Entscheidungen des VGH der Landesregierung obliegen, soweit er nicht in seiner Entscheidung etwas anderes bestimmt. Die endgültige Beschlussfassung bleibt dem federführenden Hauptausschuß vorbehalten.

CDU- und F.D.P.-Fraktion erklärten sich mit den Änderungswünschen der SPD-Fraktion einverstanden. Der Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Hans-Ulrich Klose, begrüßte es ausdrücklich, daß auf Anregung der CDU hin ein Gespräch mit dem Präsidenten des VGH stattgefunden hat, weil doch eine Vielzahl von Anregungen aufgenommen werden konnten.

Der Rechtsausschuß war sich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung in seiner Sitzung auch darüber einig, daß ein von der Gefangeneninitiative e.V. Dortmund in bisher acht Justizvollzugsanstalten organisiertes Programm „Kultur hinter Mauern“ aufgrund der bisherigen politischen Erfahrung unbedingt weitergeführt werden sollte. Frau Marie-Luise Morawietz (SPD) wollte in einem Beschluß festgehalten wissen, daß Kulturveranstaltungen in den Justizvollzugsanstalten notwendig und wichtig sind und der Rechtsausschuß derartige Aktivitäten der Gefangeneninitiative für unterstützenswert hält. Sämtliche Fraktionen beauftragten daraufhin die Vorsitzende, diese Meinung als Beschluß des Ausschusses dem zuständigen Arbeitsamt mitzuteilen, damit der Initiatorin die Möglichkeit gegeben wird, weitere Veranstaltungen zu planen, zu organisieren und durchzuführen.

Zu dem Antrag der Fraktion der CDU „Zukunft der Juristenausbildung“ hat der Rechtsausschuß bei insgesamt 39 Verbänden und Sachverständigen eine Stellungnahme zu ganz konkreten Fragen eingeholt. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, eine öffentliche Anhörung für den 7. Februar 1990 vorzubereiten.



Der Befehlshaber im Wehrbereich III in Nordrhein-Westfalen, Generalmajor Manfred Philipp, hat mit rund 90 Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr den Landtag besucht. Vor seiner offiziellen Begrüßung der Delegation führte Landtagspräsident Karl Josef Denzer (M.) ein halbstündiges Gespräch mit dem General (M.r.). Nach dem Empfang fand eine Diskussion der Vertreter der Bundeswehr mit den Abgeordneten Gerhard Wendzinski (SPD), Peter Bensmann (CDU, im Bild links vorne) und Rudolf Wickel (F.D.P.) statt. Foto: Schüler

## SPD-Fraktion

### Farthmann: Vorschriften allein helfen nicht weiter

Gesetzliche Vorschriften allein können keine wirkliche Gleichstellung von Frauen und Männern bewirken. Diese Feststellung traf der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, bei einem Forum seiner Fraktion zum Thema „Frauen in Führungspositionen“. Fortschritte in der Gleichstellung könne es nur über einen mühsamen Prozeß der Bewußtseinsbildung und durch veränderte Rahmenbedingungen geben, betonte Farthmann.

Bessere berufliche Chancen, so Farthmann auf dem SPD-Forum, setzten konkrete Maßnahmen in Betrieben und Verwaltungen voraus. Hierzu bedürfe es entscheidender Entscheidungen der jeweiligen Führungspersonlichkeiten und Leitungsgremien. Deshalb liege es auf der Hand, mehr Frauen in Führungspositionen einzusetzen.

★

„Wenn Industrie und Kommunen bis 1999 insgesamt 50 Milliarden Mark in die Abwasserbeseitigung investieren, müssen die Wasserverbände so effektiv wie möglich arbeiten können.“ Mit diesen Worten begründete der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Wendzinski, die grundlegende Novellierung der Gesetze über die Wasserverbände im Ruhrgebiet. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion sollen der Ruhrverband, der Ruhrtalesperrerverein, die Emschergenossenschaft, der Lippeverband und die linksrheinische Entwässerungsgenossenschaft neue rechtliche Grundlagen erhalten. Mit den Gesetzentwürfen, so Gerhard Wendzinski, könnten die Milliarden-Programme zur Abwasserreinigung effizient umgesetzt werden. Er wies darauf hin, daß innerhalb der nächsten Jahre mit Investitionen in Höhe von mindestens vier Milliarden Mark eine Kette von Klärwerken entlang der Emscher errichtet werden soll. Wendzinski: „Flüsse sollen wieder Flüsse, Bäche wieder Bäche sein, aber nicht billige Abwassertransportwege.“ Die Novellierung der Wasserverbandsgesetze sieht u. a., die Geschäftsführung der Verbände zu einem Verbandsorgan aufzuwerten. Die nicht mehr zeitgemäße, noch aus der Kaiserzeit stammende Aufteilung der Verbandsleitung zwischen Geschäftsführung und ehrenamtlichem Vorstand wird beseitigt.

★

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büssow, hat die Bundespost aufgefordert, die Einspeisung der DDR-Programme in die Kabelnetze der Bundesrepublik nicht zu blockieren. Viele Bürger wünschten, über die Ereignisse in der DDR umfassend und unmittelbar informiert zu werden.

Jürgen Büssow kritisierte die Erklärung der Bundespost, für ein solches Vorhaben stehe kurzfristig kein Satellitenkanal zur Verfügung, über den die DDR-Programme auf die Kabelnetze verteilt werden könnten. Er wies darauf hin, daß neben dem posteigenen Satelliten „Kopernikus“ noch andere Satelliten in Frage kämen. Die Rundfunkpolitik sei ausschließlich Sache der Länder. Die Post sei nur für die technische Seite verantwortlich. Es sei ein Verstoß gegen die Verfassung, wenn die Post versuche, über die Technik Programmpolitik zu machen. Das wäre gerade im Fall des DDR-Fernsehens eine schlimme Sache und stünde im Widerspruch zu allen Beteuerungen der Bundesregierung, die deutsch-deutsche Gemeinsamkeit zu fördern, erklärte Jürgen Büssow.

## CDU-Fraktion

### CDU fordert deutliche Mindererung der Schuldenaufnahme

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Schauerte, erklärt zu den nunmehr vorliegenden Daten der Steuerschätzung vom November dieses Jahres:

„Das Land Nordrhein-Westfalen kann im laufenden Haushaltsjahr 1989 mit Steuereinnahmen in Höhe von 51,5 Milliarden Mark rechnen. Das sind neun Prozent oder 4,2 Milliarden Mark mehr als im Jahre 1988 tatsächlich an Steuern eingegangen sind. Gegenüber den im gültigen Haushaltsplan 1989 veranschlagten Steuereinnahmen (49 Milliarden Mark) beträgt das Mehr 2,5 Milliarden Mark.“

Im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Jahr 1990 sind die Steuereinnahmen mit 49,7 Milliarden Mark ausgebracht. Nach der Steuerschätzung ist dieser Betrag um 1,6 Milliarden Mark (= 3,2 Prozent) auf 51,3 Milliarden Mark zu erhöhen.

- 1.) Das Jahr 1989 ist damit das Jahr mit dem größten Steuerzuwachs in der Geschichte des Landes.
- 2.) Die Kampagne der SPD gegen die Steuerreform ist haltlos in sich zusammengebrochen.
- 3.) Die wachstums- und beschäftigungsfördernde Steuerpolitik der Bundesregierung zahlt sich auch für das Land Nordrhein-Westfalen aus.

Wir warnen die Landesregierung vor Versuchen, die Mehreinnahmen für Wahlgeschenke zu verwenden. Statt dessen fordert die CDU, daß

- die überplanmäßigen Steuermehreinnahmen von 2,5 Milliarden Mark des Jahres 1989 die in diesem Jahr mit 5,3 Milliarden Mark geplanten Schuldenaufnahmen um mehr als 2 Milliarden Mark auf weniger als 3,3 Milliarden Mark vermindern,
- die Ergebnisse der neuen Steuerschätzungen – wie beim Bund – Grundlage für die weitere Beratung über den Entwurf des Landeshaushaltsplans 1990 bilden,
- der Gemeindeanteil an den Steuermehreinnahmen des Jahres 1990, der auf rd. 325 Millionen Mark zu beziffert ist, zeitnah an die Gemeinden weitergeleitet wird, d.h. noch in den Haushalt 1990 eingestellt wird,
- die mit 6 Milliarden Mark geplanten Schuldenaufnahmen für das Jahr 1990 um mehr als 1 Milliarde Mark auf weniger als 5 Milliarden Mark gesenkt werden.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Der Staat darf auf Dauer nicht „auf Pump“ leben

Einen neuen Anlauf hat die F.D.P.-Fraktion unternommen, um den Landtag als Haushaltsgesetzgeber endlich in die Lage zu versetzen, die weitere Überschuldung des Landes zu stoppen. Wie Dr. Achim Rohde bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs „zur Begrenzung der Staatsschulden und zur Sicherung öffentlicher Investitionen“ betonte, ist der Landtag bislang, was sein Budgetrecht anbelangt, ein Papiertiger, kann Änderungen der Regierungsvorlagen zum Haushalt allenfalls im Promillebereich bewirken.

Kern des F.D.P.-Gesetzentwurfs, mit dem Artikel 83 der nordrhein-westfälischen Verfassung geändert werden soll, ist es, die höchstzulässige Kreditaufnahme nicht mehr an Investitionen zu binden, sondern – wie in der Finanzwissenschaft häufig gefordert – an ein wesentlich engeres Parameter. Zukünftig sollen höchstens noch drei Prozent des Gesamthaushaltsvolumens als Kredite neu aufgenommen werden dürfen. Die bisherige Schuldengrenze „Investitionen“ hat nach Auffassung der F.D.P. versagt; sie erlaubt einen nicht juristischen Mißbrauch der Staatsverschuldung.

Die F.D.P. begründet die unerläßliche Selbstbindung des Haushaltsgesetzgebers, neue Kredite nur noch bis zur Höhe von drei Prozent der Gesamtausgaben aufzunehmen, mit der katastrophalen Staatsverschuldung bei derzeit über 100 Milliarden Mark in NRW. Bei weiterer Verschuldung werden auch die Zinslasten immer weiter und überdurchschnittlich (1990 allein sieben Milliarden Mark) ansteigen.

Die ständigen Kreditaufnahmen des Landes auch in Zeiten eines Wirtschaftswachstums sind so längst zu einem gravierenden Demokratieproblem geworden – weil zukünftige Regierungen keinerlei Handlungsspielraum mehr haben. Darüber hinaus wird die Solidarität zwischen den Generationen ernsthaft gefährdet, weil gerade der nachfolgenden Generation völlig unzumutbare Zinslasten aufgebürdet werden.

Die F.D.P. versteht ihren Gesetzentwurf in doppelter Hinsicht auch als einen Beitrag für mehr politische Kultur:

- Wenn die Hintertür in die Staatsverschuldung verschlossen wird, muß sich auch die parlamentarische Mehrheit ernsthaft mit Sparvorschlägen, mit Rationalisierung, mit Aufgabenkritik beschäftigen.
- Bei einer so engen und präzisen Kreditgrenze in der Verfassung, wie sie von der F.D.P. vorgeschlagen wird, bleibt auch kein Raum mehr dafür, „Gefälligkeitsausgaben“ mit Hilfe von Staatskrediten zu finanzieren.

Um die Stetigkeit und Berechenbarkeit des Investitionshaushalts zu gewährleisten, sieht der Gesetzentwurf der F.D.P. weiter eine Verfassungsgarantie für eine Mindestquote an Investitionen (15 Prozent der Gesamtausgaben) vor.

Ohne diese Gesetzesvorgaben des Landtages an die Landesregierung drohen die Investitionen immer weiter absinken. Durch das Zurückfahren der Investitionen konkretisiert die Landesregierung die zahlreichen Hilfen des Bundes zur Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in unserem Land. Die F.D.P. will dem ein Ende machen.

## Änderungsanträge zum Landessportplan

Mit den Beschlüssen über die Anträge der Fraktionen schloß der Sportausschuß unter dem Vorsitz von Hans Rohe (SPD) am 16. November 1989 seine Beratungen zum 12. Landessportplan 1990 ab. Der Landessportplan ist eine Zusammenstellung aller Sportfördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte durch Wolfram Dorn, von den fünf Millionen Mark, die die Landesregierung zur Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Ruhrgebiet veranschlagt hat, vier Millionen anders zu verteilen, und zwar eine Million für die Förderung der Übungsarbeit in den Vereinen, je 100 000 Mark für den Leistungssport von Behinderten und für die Talentförderung, zwei Millionen Mark für den Bau von Sportstätten und 800 000 Mark für die Unterstützung von Vereinen, die in Eigenleistung ihre Sportstätten sanieren. Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt. Die CDU-Fraktion wollte den Ansatz für die Übungsarbeit in Sportvereinen um drei Millionen Mark erhöhen, weil die Zahl der Übungsleiter von 45 000 im Jahre 1980 auf jetzt über 60 000 gestiegen sei und dadurch die Übungsleiterpauschale immer geringer werde. Außerdem beantragte die CDU-Fraktion, fünf Millionen Mark zum Ausbau des Münsterland-Stadions in Münster zur Verfügung zu stellen. Leonhard Kuckart (CDU) plädierte ferner dafür, von den Mitteln zur Stadterneuerung bis zu 40 Millionen Mark zur Förderung des Neubaus und der Erweiterung von Sportstätten zu verwenden. Die CDU-Anträge wurden abgelehnt. Für die SPD-Fraktion beantragte Uwe Herder, eine Verpflichtungsermächtigung über 400 000 Mark zur Unterhaltung von Leistungszentren und Olympiasstützpunkten auszubringen. Für die Förderung des Baus, der Modernisierung und der Erweiterung von Sportstätten beantragte die SPD-Fraktion insgesamt zehn Millionen Mark mehr an Barmitteln sowie denselben Betrag mehr an Verpflichtungsermächtigungen. Mit diesen Mitteln soll dem gestiegenen Bedarf an neuen Sportstätten bzw. dem hohen Sanierungsbedarf Rechnung getragen werden. Die SPD-Anträge wurden bei Enthaltung der CDU- und F.D.P.-Fraktion angenommen.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 56801\*

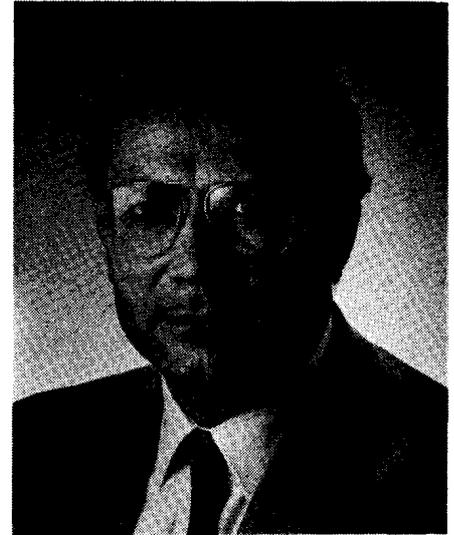
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Heinz Hardt (CDU)

Den Antrag auf Mitgliedschaft in der CDU hat Heinz Hardt am 13. August 1961 ausgefüllt: In Berlin hatte Walter Ulbricht mit dem Mauer-Bau begonnen. Der damals 25jährige Düsseldorfer Hardt war gerade zu Besuch bei den Schwiegereltern. In der Rückschau erinnert er sich: Jetzt müßte jeder Demokrat Flagge zeigen. Vom Elternhaus politisch vorgeprägt, gab es für den praktizierenden Katholiken und Pfarrjugendführer keinen Zweifel, welcher Partei er sich anschließen sollte.

Mittlerweile ist Heinz Hardt fast schon politisches Urgestein im Landtag. Dem Düsseldorfer Parlament gehört er seit 1970 an. Damals hatte der Ingenieur für Heizungs- und Lüftungstechnik bei der Stadt Düsseldorf als Kreisvorsitzender der Jungen Union den Wahlkreis im Norden der Landeshauptstadt erhalten, eine Vorentscheidung auch für die politischen Themenschwerpunkte des Jungparlamentariers. In Düsseldorf-Nord liegt der Groß-Flughafen Lohausen, ferner betrifft das Verkehrsproblem A44 dieses Stadtgebiet besonders. Heute ist Hardt zwar in erster Linie als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion für möglichst reibungsloses Fraktions-Management zuständig; aber sein Augenmerk gilt nach wie vor der Verkehrspolitik. Kürzlich hat er sich auf einem Kurztrip nach Dallas/Texas über die dortige Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der Flugsicherung der drei Flughäfen, informiert.

Mögliche Kritik an solchen Ausflügen in die weite Welt läßt Hardt unbeeindruckt. Erstens sei so etwas keine Erholung: Neun Stunden Flugzeit pro Strecke in der Touristenklasse, das alles an einem Wochenende, seien wahrlich kein Luxus. Wenn zudem über bessere Kooperation der beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn, über eventuelle Verbindung durch die Magnetschnellbahn Transrapid diskutiert werde, also über ein Investitionsvolumen von rund drei Milliarden Mark, müßten sich nordrhein-westfälische Verkehrspolitiker ausreichend informieren. Hardt: „Das Land ist zur Hälfte am Flughafen Düsseldorf und zu 34 Prozent an Köln/Bonn beteiligt, da finde ich es selbstverständlich, daß sich Politiker und nicht nur Beamte kooperieren wie in Dallas ansehen.“

Wie fast alle Abgeordneten der CDU im Landtag, hat auch Heinz Hardt seine Partei im Parlament nur als Opposition erlebt. Er gibt zu, daß er sich vor allem 1975 sehr geärgert hat, als es mit der Regierungsübernahme wieder einmal nicht klappte.

Damals habe man mit Heinrich Köppler gut 47 Prozent der Stimmen geholt, aber die F.D.P. unter Riemer hat sich geweigert, den Koalitionspartner zu wechseln. Bleibt der Zorn über die Liberalen haften? „Nein“, sagt Hardt, Politik sei eine Sache der nüchternen Betrachtung und nichts für Emotionen. Im übrigen gebe es heute zur F.D.P.-Fraktion unter Achim Rohde größere politische Nähe als seinerzeit.

Hardt spekuliert darüber, wie Nordrhein-Westfalen jetzt aussehen würde, hätte 1975 die Union wieder das Regierungsschiff gesteuert: Das wirtschaftspolitische Klima wäre besser, man hätte eine andere Schullandschaft ohne Ideologisierung, und es gäbe wohl auch nicht hundert Milliarden Mark Schulden. Hardt hofft, daß der Regierungswechsel im Land 1990 trotz gegenteiliger Vorhersagen der Demoskopien klappt. Die CDU dürfe nicht „den Hochrechnungen nachlaufen“. Sie müsse die Wähler zurückgewinnen, die sich der Partei verweigert hätten. Das könne beispielsweise geschehen durch Betonung des Themas „Umweltschutz“, für Hardt ein „Urthema der CDU“.

Schnell ist er auch hier wieder bei der Verkehrspolitik. Er plädiert für Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften, für eine Schadstoffsteuer anstelle der Kfz-Steuer; er bedauert, daß die Mittel für den Personennahverkehr in den Ballungsgebieten nicht schon früher und konzentrierter geflossen sind. Und immer wieder streicht er das Magnetschnellbahn-Projekt Transrapid als enorm zukunftssträchtige deutsche Erfindung mit geringem Verschleiß und geringen Emissionen heraus.

Der Ingenieur Hardt fasziniert diese Technik. Auch in seiner Freizeit liest er Fachbücher über technische Möglichkeiten für eine moderne, umweltfreundliche Verkehrspolitik.

Das unpolitische Leben des dreifachen Familienvaters spielt sich mindestens einmal im Jahr im oberbayerischen Mittenwald ab. Fast 50mal war er in dem malerischen Bergort — zum Wandern oder zum Skilanglauf. Reinhold Michels

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 18. bis 24. 12. 1989

18. 12. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.), 40 J.

20. 12. **Helmut Hellwig** (SPD), 56 J.

24. 12. **Hans Litterscheid** (CDU), 68 J.

24. 12. **Hans Frey** (SPD), 40 J.

★

**Johannes Rau**, (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, wird die Würde eines Ehrensensors der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal verliehen. Diese Ehrung hat der Senat der Universität einstimmig beschlossen. Die Verleihung der Ehrensensatorwürde erfolgt am 15. Dezember. Die Laudatio hält der Gründungsrektor der Bergischen Universität, **Professor Dr. Rainer Gruenter**.

★

**Norbert Blüm**, CDU-Landesvorsitzender und Bundesarbeitsminister, ist bei der Landesvertreter-Versammlung in Münster mit 99 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten der nordrhein-westfälischen CDU für die Landtagswahl am 13. Mai 1990 gewählt worden.

★

**Heinz Schleußer** (SPD), nordrhein-westfälischer Finanzminister, und **Hildegard Matthäus**, CDU-Landtagsabgeordnete, beide aus Oberhausen, erhalten den Eulennorden „Närrische Weisheit“, die höchste Auszeichnung im Oberhausener Karneval. Die Verleihung des Eulennordens findet im Rahmen des Prinzenempfangs am 14. Januar 1990 im Oberhausener Hotel Ruhmland statt. Kriterium für die Verleihung des Eulennordens ist, daß sich der jeweilige Kandidat und künftige Ordensritter in besonderem Maße um die gesellschaftliche Struktur der Stadt Oberhausen verdient gemacht hat.

★

**Anni Seelbach**, ehemalige Landtagsabgeordnete von 1962 bis 1970 und Stadtverordnete von 1956 bis 1969 der CDU in Mülheim an der Ruhr ist am 6. November 1989 im Alter von 85 Jahren verstorben. Auf kommunalpolitischer Ebene hat sie sich vorwiegend im Bereich Kultur, Schule, Jugend und Soziales durch großes Engagement ausgezeichnet. Sie war darüber hinaus Vorstandsmitglied der rheinischen CDU. 1970 erhielt Anni Seelbach für ihre Arbeit das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Acht ansehnliche Dörfer**, die beim 15. Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ in diesem Jahr siegreich waren, liegen in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehören Assinghausen im Hochsauerlandkreis, Milchenbach im Kreis Olpe und Waldfeucht im Kreis Heinsberg mit Bundesgold. Lavern im Kreis Minden-Lübbecke und Lieberhausen im Oberbergischen Kreis mit Silber und Niederkastenholz im Kreis Euskirchen, Siddinghausen im Kreis Paderborn und Twisteden im Kreis Kleve mit Bronze. Eine stolze Bilanz des Industrielandes Nordrhein-Westfalen! Mit Ausnahme von Siddinghausen wurden alle Dörfer vorher im Dorfentwicklungsprogramm des Landes gefördert. Seit 1982 unterstützt die Verwaltung für Agrarordnung die Entwicklung der Dörfer im Rahmen des Dorfentwicklungsprogramms. 2500 Maßnahmen in 1180 Dörfern wurden mit 100 Millionen Mark gefördert. 1150 Dörfer erhielten Planungshilfen. Im Mittelpunkt der Bemühungen stehen die Menschen, die in diesen Dörfern leben. Das Dorf soll attraktiv bleiben, ohne jedoch von neuen Lebensgewohnheiten und Entwicklungen abgekoppelt zu werden. Kulturelle, bauliche und soziale Eigenart der Dörfer müssen erhalten und entwickelt werden. „Behutsamkeit und Augenmaß“ laute die Devise. Das gilt auch für die Natur, die in den Dörfern wieder mehr Einzug hält. Hecken, Alleen, Dorfbäche und Tümpel binden das Dorf wieder stärker in die natürliche Umgebung ein. Edelfichte und Kübelpflanzen werden zurückgedrängt. Statt Asphaltseen — wo nötig — Pflasterung mit Fugen für mehr Grün auf dem Dorfplatz; statt kahler Hauswände mit selbstklimmenden Pflanzen begrünte Häuser. Ein Dorf, das auch Tiere und Pflanzen leben läßt. Das Bild zeigt ein Förderungsobjekt im „Bronzedorf“ Niederkastenholz, Stadt Euskirchen.

Foto: Landesamt

## SPD-Landesvorsitzender und Stellvertreter in Köln klar bestätigt

Der Landesvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, ist auf dem 10. ordentlichen Landesparteitag der Sozialdemokraten in Köln mit 297 von 304 gültigen Stimmen bei sechs Nein-Stimmen und einer Enthaltung wiedergewählt worden.

Ebenfalls klar bestätigt wurden Raus Stellvertreter. Christoph Zöpel, Städtebauminister des Landes, erhielt 283 Ja-Stimmen. 13 Delegierte stimmten gegen ihn. Acht enthielten sich der Stimme. Antje Huber bekam 229

von 303 gültigen Stimmen. 47 stimmten mit Nein. 27 enthielten sich. Zum Schatzmeister wurde mit 267 von 287 gültigen Stimmen Fritz Ziegler gewählt. Auf ihn entfielen neun Nein-Stimmen und elf Enthaltungen. Zu Beisitzerinnen wurden im ersten Wahlgang bei 302 gültigen Stimmen Gabriele Behler (184), Barbara Hendricks (241), Ilse Ridder-Melchers (261), Angelica Schwall-Düren (222), Sabine Zech (176) und Gerti Zupfer (137) gewählt.

Bei den Beisitzern fiel die Wahl im ersten

Wahlgang bei 296 gültigen Stimmen auf Franz-Josef Antwerpes (161), Friedhelm Farthmann (227), Hans Frey (157) und Wolfgang Hahn-Cremer (180).

Im zweiten Wahlgang wurden bei 283 gültigen Stimmen Friedhelm-Julius Beucher (238), Gisela Gebauer-Nehring (198), Reinhard Grätz (199), Bernhard Kasperek (210) und Doris Langenbruch (242) gewählt. Die Wahl eines Mitglieds für den Parteirat fiel mit 164 von 237 gültigen Stimmen auf Antje Huber.